

i N S I D E R



JENS-MALTE H., KLASSE 7b, DEUTSCH, NEUE DEUTSCHE LYRIK

LIEBE KOLLEGINNEN, LIEBE KOLLEGEN,



Gerade noch rechtzeitig vor Redaktionsschluss wurde die Koalitionsvereinbarung zwischen CDU und GRÜNE in Hessen veröffentlicht. Die für uns Berufsbildner wichtigen Vereinbarungen haben wir an mehreren Stellen in diesem Heft zitiert.

Nachdem MP Bouffier in der Pressekonzferenz am 20.12.2018 ausführte, dass auch berufliche Bildung ein Schwerpunkt sei, machte ich mich in dem 192 Seiten schweren Werk auf die Suche nach diesem Schwerpunkt. Meine Suche ergab: ich habe verstreut über den ganzen Vertrag zwar mehrere Passagen zur Berufsbildung bzw. zu den berufsbildenden Schulen gefunden, einen Schwerpunkt allerdings nicht. Vielleicht hat MP Bouffier aber auch einen anderen Begriff von Schwerpunkt wie ich. Oder er meint die beiden Passagen: „Mit den zentralen Akteuren der beruflichen Bildung werden wir eine gemeinsame Imagekampagne für berufliche Bildungsangebote starten und zur Aufwertung von Ausbildungsangeboten beitragen“ (S. 92 und gleicher Text S. 142) und „Deshalb wollen wir eine Ausbildungskampagne starten sowie die vielfältigen Ausbildungsangebote aufwerten“ (S. 142).

Seit fast 20 Jahren leitet – mit kurzer Unterbrechung – die CDU das Kultusministerium. Nach einer kurzen Aufrüstungsphase mit der Bildung einer eigenen Abteilung Berufliche Bildung wurden v.a. in den letzten 10 Jahren die personellen Ressourcen in diesem Bereich peu à peu gekürzt. In der zu Ende gehenden Legislaturperiode wurde die Abteilung Berufliche Bildung und Weiterbildung schließlich aufgelöst und in die neue Abteilung „Allgemein bildende (A) und berufliche (B) Schulen, Internationales Bildungs- und Schulwesen, Lebensbegleitendes Lernen“ integriert und mit gerade mal zwei Referaten ausgestattet. Dass bei einem solchen Schrumpfungsprozess zeitgemäße Entwicklungen oder gar der große Wurf zu Perspektiven der Berufsbildenden Schulen ausblieben versteht sich dann von selbst. Insofern hegte ich die Hoffnung, dass nach der Stärkung der GRÜNEN diese das Kultusministerium beanspruchen würde. Leider hat sich – wie wir inzwischen wissen – diese Hoffnung zerschlagen. Von daher wird – so meine Befürchtung – das bisherige Dahinwurschteln weitergehen.

Ich wünsche allen Leserinnen und Lesern nach hoffentlich erholsamen Feier- und Ferientagen für das kommende Jahr Gesundheit, Entspannung, Zufriedenheit und pädagogische Erfolge.

Dieter Freid

INHALTSVERZEICHNIS

Übergangssystem besser als Ruf	3
news	4
Begegnungen, die im Kopf bleiben	6
Lehrkräftemangel an beruflichen Schulen	8
Ausbildung fair vergüten	9
HPRLL – Intern	10
Auszüge aus Koalitionsvereinbarung (KV)	11
Schule ohne Rassismus	12
Neuer Mathe-Einstiegstest	13
Ausbildungsmarkt 2018	14
KV Deutsch	15
Neue Publikationen	16
DGB-Jugend Akademie	17
Die neuen Lernorte	18
Wie digital sind Deutschlands Schulen?	19
KV Berufsschulstandorte und Politische Bildung	20
Demokratie braucht Demokraten	21
Nachrichtenkompetenz: Mangelhaft	22
KV Lehrerbildung	23
Schüleraustausch TLS	24
KV Medienbildung	25
DGB-Ausbildungsreport	26
Reform des Berufsbildungsgesetzes	28
Marx, Jesus und das Geld	30
Entwicklungspolitische Bildung	31
Veranstaltungen	32



DAS BERUFLICHE ÜBERGANGSSYSTEM IST BESSER ALS SEIN RUF

Jeder zweite leistungsschwache Jugendliche findet darüber den Weg in die Ausbildung.

Übergangsmaßnahmen, die Schulabgängerinnen und Schulabgänger den Weg in eine Ausbildung oder einen Beruf ebneten sollen, sind insgesamt erfolgreicher als häufig behauptet. Ein WZB-Forschungsteam (Wissenschaftszentrum Berlin) hat erstmals empirisch erforscht, welche Jugendlichen von den Maßnahmen profitieren. [Martin Ehlert](#), [Anne Christine Holtmann](#), [Laura Menze](#) und [Heike Solga](#) haben die Situation von leistungsschwachen Schülerinnen und Schülern analysiert und kommen zu dem Ergebnis: Etwa die Hälfte dieser jungen Leute, die solche sechsmonatigen bis zweijährigen Maßnahmen absolvieren, finden anschließend einen Ausbildungsplatz. Dabei verbessern gerade Jugendliche ohne Schulabschluss ihre Chancen deutlich.

Zum breiten Spektrum der Maßnahmen zählen etwa das Berufsvorbereitungsjahr, das Berufsgrundbildungsjahr, berufsvorbereitende Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit, die betriebliche Einstiegsqualifizierung oder teilqualifizierende Lehrgänge an Berufsfachschulen. Manche zielen auf das Nachholen eines Schulabschlusses ab, andere vermitteln betriebliche Kenntnisse oder kombinieren fachliches Lernen mit der Möglichkeit, einen Betrieb genauer kennenzulernen. Rund 300.000 Jugendliche nehmen pro Jahr an solchen Maßnahmen teil (Stand: 2016). Kritiker bezeichnen das Übergangssystem als wenig effektive „Warteschleife“.

Wie stark die positive Wirkung einer Maßnahme ist, hängt wesentlich von der bisherigen

Schullaufbahn ab. Am deutlichsten verbessern sich die Chancen für Schulabgängerinnen und -abgänger ohne Abschluss. Diese haben nach einer Maßnahme eine 32 Prozentpunkte höhere Chance, eine Lehrstelle zu bekommen. In dieser Gruppe sind auch Schülerinnen und Schüler vertreten, die vor der Maßnahme eine Förderschule besucht haben. Für ehemalige Förderschülerinnen und -schüler erhöhen sich die Chancen auf eine Lehrstelle sogar um 50 Prozentpunkte.

Eine genaue Betrachtung der einzelnen Maßnahmen ergab folgendes Bild: Ein nachgeholt Schulabschluss erhöht erwartungsgemäß die Ausbildungschancen und eröffnet zusätzlich den Zugang zu attraktiveren Ausbildungsberufen. Bemerkenswert ist, dass dies auch für Jugendliche gilt, die während einer Maßnahme keinen Schulabschluss nachholen, aber viel Zeit im Betrieb verbringen. Allerdings führen Maßnahmen mit starker betrieblicher Anbindung nicht dazu, eine Lehrstelle mit höherem Status zu erlangen.

Die Ergebnisse der WZB-Studie widerlegen das häufig gefällte negative Pauschalurteil über das Übergangssystem: Gerade Jugendliche, die nach der Schule schlechte Chancen auf dem Ausbildungsmarkt haben, können durch die Teilnahme ihre Chancen auf eine Lehrstelle erhöhen.

Trotz dieser größtenteils positiven Befunde stellt die Studie auch fest, dass für die Hälfte der Jugendlichen ohne mittleren Schulabschluss die Teilnahme an

einer Maßnahme nicht den gewünschten Erfolg hat. Ihr Weg führt nach der Maßnahme nicht in eine Ausbildung, sondern in eine weitere Maßnahme des Übergangssystems, in die Arbeitslosigkeit oder in eine gering qualifizierte Erwerbstätigkeit.

Für Jugendliche, die beim Verlassen der Schule bereits einen qualifizierenden oder erweiterten Hauptschulabschluss haben, verbessern die Maßnahmen die Ausbildungschancen deutlich weniger und teilweise gar nicht. Für sie stellt die Maßnahme häufig eine Warteschleife dar. Allerdings verschlechtert die Teilnahme auch nicht – wie oft angenommen – die Ausbildungschancen.

Das WZB-Forschungsteam nutzte für die Untersuchung Daten des Nationalen Bildungspanels (NEPS), in dem rund 16.000 Jugendliche seit der 9. Klasse befragt wurden. Darunter waren 3.400 Jugendliche mit einem niedrigen Bildungsabschluss, von denen 1.316 an einer Übergangsmaßnahme teilnahmen. Grundlage der Chancenberechnung ist der Vergleich dieser Jugendlichen mit einer entsprechenden Gruppe von Jugendlichen, die sich direkt im Anschluss an die Schule um eine Ausbildung beworben bzw. diese begonnen haben.

WZB-PM 12.12.201

Die Ergebnisse werden ausführlich in der Dezemberausgabe der „WZB-Mitteilungen“ vorgestellt www.wzb.eu.

Endlich: Mentorenstunde angesagt!

Ab dem 1. Februar 2019 wird laut HKM allen Schulen pro Lehrkraft im Vorbereitungsdienst eine Unterrichtsstunde zur Entlastung der Mentorinnen und Mentoren zugewiesen. Der gewerkschaftliche Kampf war – zumindest teilweise - erfolgreich.

„Wegweiser Digitale Bildung 2018 Für einen zeitgemäßen Unterricht mit digitalen Werkzeugen“

Die Publikation bündelt Expertentipps, Best Practise-Beispiele und Handlungsempfehlungen für wichtige Aspekte rund um den Unterricht mit digitalen Werkzeugen. www.netzwerk-digitale-bildung.de

GEW-Fachtagung Gute Bildung für Neuzugewanderte

Zur am 23. November 2018 in Göttingen stattgefundenen Fachtagung gibt es nun die eingereichten Präsentationen mit dem Programm und dem Tagungsbericht unter:

<https://owncloud.gew.de/index.php/s/RdbkFFtTLadnwdG>

GEW bietet Unterrichtsmaterialien

Auf der Suche nach Unterrichtsmaterial, Unterrichtseinheiten oder Anregungen für die Schule?

Die GEW informiert regelmäßig über neues und gutes Unterrichtsmaterial. Im Archiv des Unterrichtsmaterials findet sich eine

thematisch sortierte Liste mit Empfehlungen für den Unterricht. Themen sind unter anderem Mitbestimmung, Nachhaltigkeit, Menschenrechte, Interkulturelle Bildung, Politische Bildung und viele mehr! download unter www.gew.de, dann Service, dann Unterrichtsmaterial.

ALBUS-der digitale Berufefinder

Der digitale „ALBUS“ ist ein einfaches und geniales Werkzeug für Jugendliche, um sich frühzeitig mit ihren beruflichen Interessen und individuellen Möglichkeiten auseinander zu setzen, denn er meldet in einem Chatgespräch die erkannten Stärken zurück, die er durch die Interessen der Nutzer identifiziert hat. Das Programm ermittelt, wie ausgeprägt, jeweilige Stärken vorhanden sind und in welchen Berufsfeldern diese besonders gefragt sind. „Albus“ bedient sich jugendgerechter Sprache und kann als sympathischer digitaler Chatpartner jederzeit online genutzt werden. www.albus.beonetzwerk.de

Digitales Unterrichtsmaterial für MINT-Fächer

Das neue Medienportal der Siemens-Stiftung mit 3.500 Materialien für den MINT-Unterricht ist online: qualitätsgeprüft, offen und kostenlos. Das Portal bietet uneingeschränkten Mediengriff ohne Registrierung, einen eigenen Schülerbereich sowie weitere nützliche Funktionen für Lehrkräfte.

www.medienportal.siemens-stiftung.org

Virtuelles Gebäude als motivierender Lernraum im Baubereich

David, ein hybrides Lernsystem, bestehend aus einem digitalen 3D-Gebäudemodell für objektorientierten Zugang zu berufstypischen Fragestellungen, einem fachsystematisch gegliederten Wiki-System für die Inhaltspräsentation und einem gedruckten Kompendium mit lernprozessbegleitenden Beispielaufgaben hat sich in der Berufsausbildung im Bausektor bewährt. Das vollständige Lernsystem gibt es kostenlos unter www.bubiza.de/sonderprojekte.

Digitale Unterstützung in Hotellerie und Gastronomie

Mit dem digitalen Lernsystem www.azubi.web wird die duale Berufsausbildung in den zurzeit sechs gastronomischen Berufen unterstützt.

Kids und Smartphone

Das erste Smartphone gibt es Studien zufolge meist im Alter zwischen acht und 13 Jahren. 97 Prozent der 12-19-Jährigen besitzen ein Internethandy, wie die aktuelle Studie JIM 2018 des Medienpädagogischen Forschungsverbunds Südwest zeigt. Schon 95 Prozent der 12- und 13-Jährigen hat demnach ein internetfähiges Handy. Der Untersuchung zufolge ist schon 85 Prozent der befragten 12- und 13-Jährigen täglich im Web unterwegs. Die tägliche Nutzungsdauer dieser Altersgruppe hat sich gegenüber dem Vorjahr um 23 Prozent auf 165 Minuten erhöht.

DE 08.12.2018

Imagekampagne

Die Kampagnen-Homepage mit der URL www.dualeausbildung.de ist online gegangen. Links zu den Youtube-Videos:

Image_1: Von A zu B, Mach deinen Weg!

<https://youtu.be/UkPRB4vDdlo>

Image_2: Von A zu B, Mach mal was anderes!

<https://youtu.be/kO2x60d9-cl>

Erklärvideo: Von A zu B, Mach mit und gewinne!

<https://youtu.be/P94nCFKopC0>

Berufsausbildung in Hessen 2018

Der Bericht „Berufsausbildung Hessen 2018“ ist veröffentlicht. Dieser Bericht stellt umfassend das Ausbildungsgeschehen in Hessen im Vergleich mit den anderen Bundesländern für das Ausbildungsjahr 2017 dar. Enthalten sind auch eine Fülle von Schaubildern und Tabellen. Download unter <https://wirtschaft.hessen.de/presse/infomaterial/11>.

Erasmus+ - Neues Erklärvideo

Wie ist das Programm Erasmus+ strukturiert? Was genau sind Strategische Partnerschaften in der Erwachsenenbildung und wie sind diese aufgebaut? Das neue Erklärvideo gibt eine Antwort auf diese Fragen und vermittelt das grundlegende Wissen rund um diese Projektform.

www.na-bibb.de

Neu anfangen: Tipps für geflüchtete Jugendliche

Junge Geflüchtete, die gemeinsam mit ihren Familien nach Deutschland gekommen sind, finden in dieser Broschüre wichtige Informationen zu ihrer ersten Zeit in Deutschland: Welche Rechte haben Jugendliche in Deutschland und wie kann man diese durchsetzen? Welche Perspektiven und

Möglichkeiten gibt es für Schule, Ausbildung, Studium und Beruf? Welche Perspektiven gibt es für den Aufenthalt und die Familienzusammenführung? Und was ist, wenn jemand aus der Familie krank wird?

BumF: Tipps für geflüchtete Jugendliche (PDF)

Flüchtlinge als Azubis

Laut Regionaldirektion Hessen der Bundesagentur für Arbeit haben sich 2018 fast 3.700 junge Flüchtlinge für einen Ausbildungsplatz in Hessen beworben, ungefähr 50% mehr als im Vorjahr. Davon konnten 38% in eine Ausbildung einmünden. 233 waren noch unverorgt.

DE 19.11.2018

Atlas der Arbeit

Der Atlas der Arbeit bildet zahlreiche Aspekte der heutigen Arbeitswelt ab. Es geht um die ungleiche Einkommensentwicklung in Deutschland und die moderne Sklaverei in Südasien, um die Digitalisierung und die duale Berufsausbildung, um die Geschichte der Faulheit und die beginnende Deindustrialisierung in China, um Tarifverträge in Europa und das Grundeinkommen. Mit kurzen Texten und aktuellen Info-

grafiken – gestaltet von der Berliner Atlasmanufaktur, herausgegeben von der Hans-Böckler-Stiftung und dem DGB.

www.boeckler.de/36713_113905.htm

(Atlas der Arbeit)

www.dgb.de/atlas-der-arbeit/grafiken

(Grafiken einzeln downloaden)

Berufsakademien

Im vergangenen Jahr waren 9.900 Studierende an einer staatlich anerkannten Berufsakademie in Deutschland immatrikuliert. Rund 2.500 Studierende erwarben im Jahr 2017 einen Abschluss. Zwei Drittel von ihnen machten ihren Abschluss in der Fächergruppe Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, während die Ingenieurwissenschaften mit einem Anteil von 25 Prozent der Abschlüsse vertreten waren. Ende 2017 waren an den Berufsakademien 3.300 Lehrkräfte beschäftigt – die große Mehrheit von ihnen (86 Prozent) nebenberuflich.

www.destatis.de

**Zusammenstellung und Ausführungen
Dieter Staudt**



BEGEGNUNGEN, DIE IM KOPF BLEIBEN

*Warum steigt die Prostituierte nicht aus? Was war das Faszinierende in der Hitlerjugend? In der Frankfurter Stauffenbergschule diskutieren die Schüler*innen mit Zeitzeug*innen und Menschen mit außergewöhnlichen Lebenswegen. Gesellschaftliche Fragen rücken dabei ganz nah.*

Unsere Gesellschaft driftet nach rechts. Umso wichtiger ist es, dass Schüler*innen und Auszubildende sich mit gesellschaftlich umstrittenen Themen auseinandersetzen. Nur: Wie weckt man in eher unpolitischen jungen Leuten das Interesse an Themen wie Ausgrenzung, soziale Gerechtigkeit, Zivilcourage? Die Stauffenbergschule in Frankfurt schafft das mit den Projekten „Lebendes Archiv“ und „Oral History“. In beiden steht die Begegnung mit Menschen im Mittelpunkt, die das Abstrakte konkret machen.

Die Projekte laufen seit 2012 im Rahmen des Archiv-Unterrichtes mit den Schüler*innen des Ausbildungsberufes „Fachangestellte für Medien und Informationsdienste“.

Projekt 1: Lebendes Archiv

Im Rahmen des „Lebenden Archivs“ laden Schüler*innen Gäste ein, um mit ihnen über ihre Erfahrungen zu sprechen: Angehörige von Minderheiten, Aktivist*innen oder Zeug*innen vergangener Zeiten. Die Projekt-



A. H. im Gespräch über ihre Jugend im Nationalsozialismus

gruppe sucht fünf verschiedene Themen aus, recherchiert mögliche Gesprächspartner*innen und lädt diese ein. In der zweistündigen

Veranstaltung sitzen die fünf Gäste dann im Klassenraum an fünf Tischen. Die etwa 30-Schüler*innen setzen sich in Kleingruppen für jeweils eine halbe Stunde dazu und wechseln dann an den nächsten Tisch.

Dabei entwickelten sich in den vergangenen Jahren sehr intensive Gespräche: Homo- und Transsexuelle berichteten über ihr Coming Out und beantworteten bereitwillig alle Fragen bis hin zu denen nach ihren Sexualpraktiken. Eine blinde Rollstuhlfahrerin erzählte aus ihrem Leben als Mehrfachbehinderte, aber auch von ihrem Einsatz für andere Betroffene als Schwerbehindertenvertreterin. Eine 92-jährige Bornheimerin erinnerte sich an ihre Kindheit und Jugend während des Nationalsozialismus. Zwei muslimische Schülerinnen gaben einen Einblick in ihren Alltag mit religiösen Sitten und ihrer Kritik daran, der gleichzeitig geprägt ist von Vorurteilen und Anfeindungen durch Nichtmuslim*innen. Eine Prostituierte, die sich im Verein „Dona Carmen“ engagiert, schilderte eindrucksvoll die verschiedenen Arbeitsbedingungen in ihrem Beruf, aber auch viele persönliche Dinge.

Bei dem Projekt „Lebendes Archiv“ begeben sich die Schüler*innen selbst auf die Suche nach geeigneten Zeitzeug*innen. Da es sich um ein Archivprojekt handelt, arbeitet die Projektgruppe oft eng mit dem Institut für Stadtgeschichte zusammen. Die geschichtlichen

Hintergründe zu den jeweiligen Themen werden in einem Reader am Projekttag veröffentlicht. Dadurch rückt beispielsweise die Verfolgung behinderter Menschen und Homosexueller im Nationalsozialismus immer wieder in den Fokus der Diskussionen.

Die Teilnahme am Projekt „Lebendes Archiv“ ist für die Schüler*innen freiwillig. Anmelden können sich komplette Klassen oder Einzelne. In der Regel sind verschiedene Ausbildungsberufe vertreten: Fachkräfte für Lagerlogistik, Kaufmännische Assistent*innen, Kauffrau/-mann für Marketingkommunikation, Veranstaltungskaufleute.

Das „Lebende Archiv“ kann thematisch ganz offen sein, aber auch enger gefasst werden. Als sich 2015 das Hitler-Attentat von Graf Carl von Stauffenberg – dem Namensgeber der Schule – zum 71. Mal jährte, standen Formen des Widerstands im Mittelpunkt. Kinder von Widerstandskämpfer*innen im Nationalsozialismus berichteten vom Schicksal und den Erfahrungen ihrer Eltern, aber auch von ihren eigenen Erfahrungen mit dem starken Antikommunismus in den 60-iger und 70-iger Jahren, in denen sie als Lehrer*innen Berufsverbote bekamen. Ein Aktivist der Startbahn West-Bewegung schilderte den inzwischen fast 40 Jahre währenden Kampf gegen den Ausbau des Flughafens und die Repressalien, denen die Gegner ausgesetzt waren. Ein Polizist, der dort im Einsatz war, erzählte wiederum von seinen Erfahrungen auf der anderen Seite der Barrikaden. Die junge Aktivistin verließ der G8-Gegenbewegung

ihre Stimme und diskutierte mit Auszubildenden die Möglichkeiten und Grenzen des außerparlamentarischen Widerstands. Die Mitbegründerin der Anti-Pegida Bewegung erzählte, warum sie sich im Recht sieht, wenn sie versucht, eine rechtsgerichtete Veranstaltung an der Hauptwache zu verhindern.

In England ist das Konzept der Begegnung mit Zeitzeug*innen aus Geschichte und Gegenwart bereits länger bekannt unter dem Namen „Living Library“. In Hessen wurde es vor einigen Jahren zunächst von der Stadtbücherei Darmstadt aufgegriffen: Statt Bücher können sich die Leser*innen dort an einem Tag im Jahr Gesprächspartner*innen „ausleihen“. Auch in der Stauffenbergschule ist die Resonanz auf das „Lebende Archiv“ ganz überwiegend positiv, nicht nur von Seiten der Schüler*innen. Auch die Gäste, die hier über ihr Leben sprechen, sind oft positiv überrascht von dem großen Interesse der jungen Zuhörer*innen an ihren Themen und den lebhaften Diskussionen.

Projekt 2: Oral History

Im Projekt „Oral History“ suchen die Schüler*innen nach Zeitzeug*innen in der eigenen Familie. Sie befragen Großeltern, Eltern, Onkel, Tante zu unterschiedlichen Themen wie Berufsleben, Freizeitverhalten, Familientraditionen, besondere politische oder private Ereignisse und Kriegs- und Vertreibungserfahrungen. Die Geschichte von Hessen und Frankfurt ist seit Jahrhunderten von Migration geprägt, dadurch ergeben sich in den Schilderungen häufig überraschende Parallelen zu der jüngsten Migrationswelle aus den syrischen Kriegsgebieten – sowohl bezüglich der Fluchtstrapazen als auch der häufig als schwierig erlebten Integration in die Gesellschaft.

In der Regel lassen die Schüler*innen die Interviewten frei erzählen, so dass diese selbst entscheiden können, was sie für wichtig halten. Schweifen sie zu sehr vom Thema ab, werden sie mithilfe von vorbereiteten Fragen wieder zurückgelenkt, ohne gezielt inhaltlich beeinflusst zu werden. Viele Schüler*innen setzen Erinnerungsstützen wie Fotoalben, persönliche Objekte, Tagebücher usw. ein. Und auch ein Gläschen Eierlikör für die Großmutter hat schon Wunder gewirkt.

Da es sich um ein schulisches Projekt handelt ist die Bereitschaft, ein Interview zu geben, bei den ausgewählten Interviewpartner*innen oft sehr groß. Dies bietet vielen Schüler*innen die Chance, einen Beitrag zur Aufarbeitung der eigenen Familiengeschichte zu leisten. Ebenso wie beim „Lebenden Archiv“ ist aber auch hier die Auswahl der geeigneten Interviewpartner*innen wichtig. Hatten sie unmittelbar mit dem Thema zu tun und können sie dadurch ihre Erlebnisse anschaulich und authentisch schildern? Es reicht also beispielsweise nicht, dass die Eltern - wie viele andere auch - im Fernsehen miterlebt haben, wie die Mauer gefallen ist. Weniger wichtig ist hingegen, wie geschichtlich bedeutsam das Ereignis ist, an dem die Zeitzeugen teilgenommen haben. Im Gegenteil: Gerade die Schilderungen alltäglicher Dinge und Erfahrungen vermitteln den Schüler*innen oft einen intensiven Eindruck der deutschen Alltags- und Familiengeschichte der letzten sieben Jahrzehnte, die i.d.R. in den Geschichtsbüchern nicht oder nur unzureichend Eingang findet.

Das Erzählte wird aufgenommen, in der Regel reicht schon die Sprachbox im Handy, da so eine authentische Aufzeichnung und zugleich noch ein wichtiges

Tondokument entsteht. Festgehalten werden so auch Emotionen und Haltungen, was in anderen Quellen (Personenstandsakten usw.) weniger vorkommt. Die Schüler*innen übertragen die Aufzeichnungen auf eine angemessene Weise ins Schriftliche. Pro Jahrgang werden diese dann zu einem Zeitzeugenband zusammengefasst, der intern im Unterricht genutzt werden kann.



H. E. berichtet über sein Coming Out als Homosexueller

Die Schüler*innen haben einmalig während ihrer Ausbildung die Möglichkeit, statt einer Klassenarbeit ein verschriftlichtes „Oral History“-Interview einzureichen. Das Protokoll muss mindestens zwei computergeschriebene Seiten lang sein und bestimmte vorgegebene Kriterien erfüllen. Die Arbeit daran erfordert im Vergleich zu einer Klassenarbeit einen erheblich höheren Aufwand, dennoch entscheidet sich die Mehrheit der Schüler*innen für das Interview, die meisten von ihnen bewerten ihre Erfahrungen mit „Oral History“ sehr positiv. Nicht selten werden deshalb weit mehr als die im Arbeitsauftrag geforderten Seiten abgegeben.

Elke Große Vorholt, Lehrerin an der Stauffenbergschule in Frankfurt

Weitere Informationen, Unterlagen, Material zu beiden Projekten erhalten Sie unter folgender Email-Adresse:

Elke Grosse_Vorholt@gmx.de.

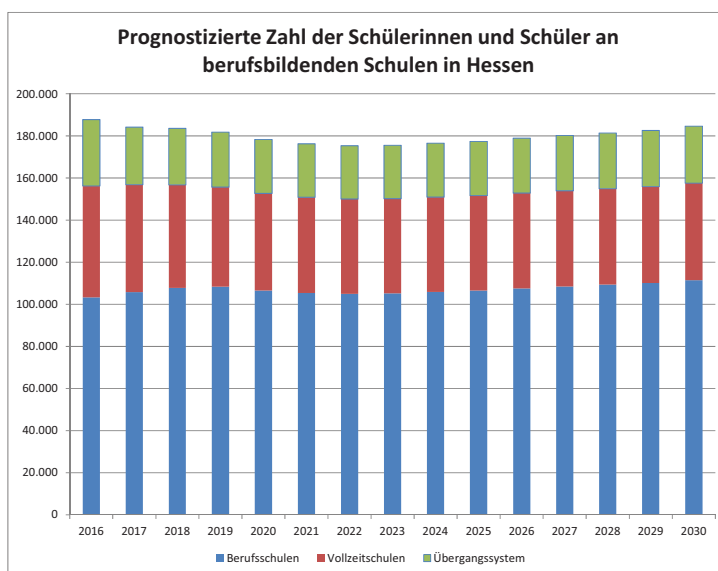
Die GEW zeigt auf:

DRASTISCHER LEHRKRÄFTEMANGEL AN DEN BERUFSBILDENDEN SCHULEN IN HESSEN

„**D**ass an den Grundschulen Lehrkräfte fehlen, ist im öffentlichen Bewusstsein angekommen. Die Politik hat begonnen, dem Mangel abzuweichen. Doch Lehrkräfte fehlen auch an den berufsbildenden Schulen. Und ein Ende dieses Mangels ist nicht abzusehen.“ So fasste Peter Hanack in der *Frankfurter Rundschau* die Quintessenz einer Pressekonferenz am 27. November 2018 zusammen, zu der die GEW Hessen eingeladen hatte. Anlass für diese war eine Anfang November vorgelegte Prognose, die sich mit der bundesweit zu erwartenden Entwicklung der Zahl der Schülerinnen und Schüler wie auch der benötigten Lehrkräfte beschäftigt. Die Studie wurde von Dieter Dohmen und Maren Thomsen vom Forschungsinstitut für Bildungs- und Sozialökonomie (FiBS) im Auftrag der GEW erstellt. Darin legen sie für jedes der 16 Bundesländer detaillierte Zahlen vor (vgl. Dohmen/Thomsen 2018).

Wie wichtig eine so trennscharfe Prognose ist, zeigt sich nicht zuletzt darin, dass sich für die einzelnen Bundesländer sehr unterschiedliche Entwicklungen abzeichnen: Während es in den Stadtstaaten wie auch in den ostdeutschen Bundesländern in den nächsten Jahren einen deutlichen Aufwuchs geben wird, werden die Zahlen in den meisten westdeutschen Bundesländern zunächst zurückgehen und erst gegen Ende

des Prognosezeitraums langsam wieder ansteigen. Nicht so jedoch in Hessen, wo nur ein äußerst moderater Rückgang zu erwarten ist, der schon ab 2023 wieder in einen Zuwachs umschlägt. Die für Hessen im Jahr 2030 prognostizierte Gesamtzahl der Schülerinnen und Schüler in den Berufsschulen, den berufsbildenden Vollzeitschulen sowie im Übergangssystem liegt bei knapp 185.000 – ein Wert auf dem gleichen Niveau wie im Jahr 2017.



Quelle: Dohmen/Thomsen 2018, S. 45

Ralf Becker, Vorsitzender der GEW-Fachgruppe Berufsbildende Schulen, bemängelte die unzureichende Bedarfsplanung seitens des Kultusministeriums. Die offiziellen Prognosen der Kultusministerkonferenz, auf die sich die Kultusbehörden bei ihrer Bedarfsplanung stützten, haben bis vor kurzem weder die steigenden Geburtenzahlen noch die erhöhte Zuwanderung angemessen berücksichtigt. Daher sei der zukünftige Bedarf an ausgebildeten Lehrkräf-

ten viel zu gering eingeschätzt worden.

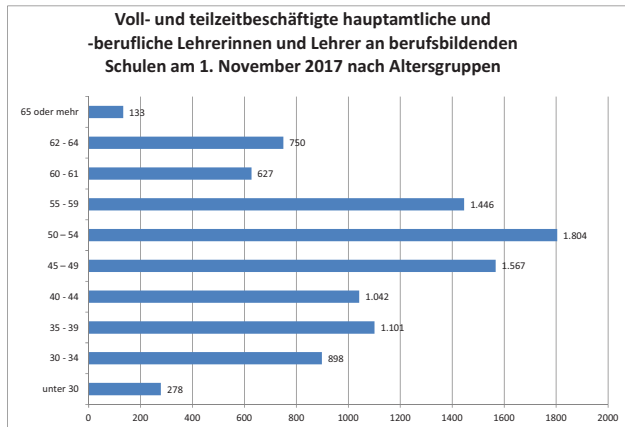
Auch die Kultusministerkonferenz geht in ihrer inzwischen vorgelegten aktualisierten Prognose mit 170.000 Schülerinnen und Schülern im Jahr 2030 von deutlich geringeren Zahlen aus als Dohmen und Thomsen. Um eine Abschätzung des Mangels vorzunehmen, ergänzte die GEW Hessen die FiBS-Prognose um Daten des Statistischen Landesamtes zur Altersstruktur der Lehrkräfte sowie zu den Lehramtsstudierenden.

Da der Prognose zufolge die Zahl der Schülerinnen und Schüler 2030 auf dem Niveau des Jahres 2017 liegen wird, dürfte auch der Lehrkräftebedarf – unter der Annahme einer unveränderten Relation zwischen Lehrkräften und Schülerinnen und Schülern – bei rund 9.000

Vollzeitstellen verbleiben. Im Jahr 2017 waren insgesamt gut 9.600 Lehrkräfte in Voll- oder Teilzeit an den berufsbildenden Schulen tätig. Knapp 3.000 davon befinden sich in den Altersgruppen ab 55 Jahre und werden somit noch vor 2030 regulär in den Ruhestand gehen. Darüber hinaus wird ein gewisser Anteil aus unterschiedlichen Gründen, meist gesundheitlichen, vorzeitig aus dem Schuldienst ausscheiden. Daher lässt sich abschätzen, dass bis 2030 rund 4.000 Berufspädagoginnen und -pädagogen neu eingestellt wer-

den müssen, nur um den Personalstand zu halten. Daraus ergibt sich im Durchschnitt ein Einstellungsbedarf von gut 300 Lehrkräften pro Jahr.

werden. In den letzten Jahren ist die Gesamtzahl der Studierenden allerdings sogar gesunken, so dass zu befürchten ist, dass die Abschlusszahlen zurückgehen werden. Dieser



Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt 2018a, eigene Berechnung

Der Hochschulstatistik zufolge haben 2017 an den hessischen Universitäten insgesamt 149 Personen einen Master-Abschluss für das Lehramt an beruflichen Schulen erworben. Auch in den Vorjahren schwankte die Zahl der Absolventinnen und Absolventen um den Wert von 150. Angesichts dieser Daten kann – selbst unter der sehr optimistischen, wenngleich unwahrscheinlichen Annahme, dass die Absolventinnen und Absolventen allesamt den Vorbereitungsdienst erfolgreich durchlaufen werden – bestenfalls die Hälfte der frei werdenden Stellen mit entsprechend ausgebildeten Lehrkräften besetzt

Entwicklung müsste sowohl mit mehr Studienanfängerinnen und -anfängern wie auch mit weniger Studienabbrüchen durch bessere Studienbedingungen begegnet werden.

Auf die konkreten Probleme, welche sich den

berufsbildenden Schulen schon heute stellen, wies Tilmann Stoodt, Schulleiter der Werner-von-Siemens-Schule in Frankfurt, hin:

„Nicht erst, seitdem in den Zeitungen vom gravierenden, landesweiten Lehrermangel berichtet wird, sondern schon seit vielen Jahren ist es sehr schwierig, Lehrkräfte für den berufsbezogenen Unterricht gewerblich-technischer Ausprägungen zu gewinnen. Die Schulen sind darauf verwiesen, Personen zu finden und für den Lehrerberuf zu gewinnen, die die Voraussetzungen für den Quereinstieg erfüllen. Das gestaltet sich zunehmend schwie-

rig, denn der Fachkräftemangel betrifft gerade auch ingenieurwissenschaftlich ausgebildete Personen. Das gilt nicht nur für die seit langem bekannten Mangelbereiche Elektrotechnik, Metalltechnik und Informationstechnik, sondern auch für andere Berufsfelder. Das bewährte duale System der deutschen Berufsausbildung gerät in Gefahr.“

Die GEW Hessen fordert vor diesem Hintergrund ein umfassendes Maßnahmenpaket, um dem Lehrkräftemangel entgegenzuwirken. Ralf Becker stellte fest, dass dazu die Tätigkeit des Berufsschullehrers und der Berufsschullehrerin durch ein ganzes Bündel an Einzelmaßnahmen attraktiver gemacht werden muss, um wieder mehr Nachwuchskräfte gewinnen zu können. Dabei gehe es bei den technischen Fachrichtungen auch darum, in der Konkurrenz mit der Industrie nicht weiter ins Hintertreffen zu geraten.

Roman George

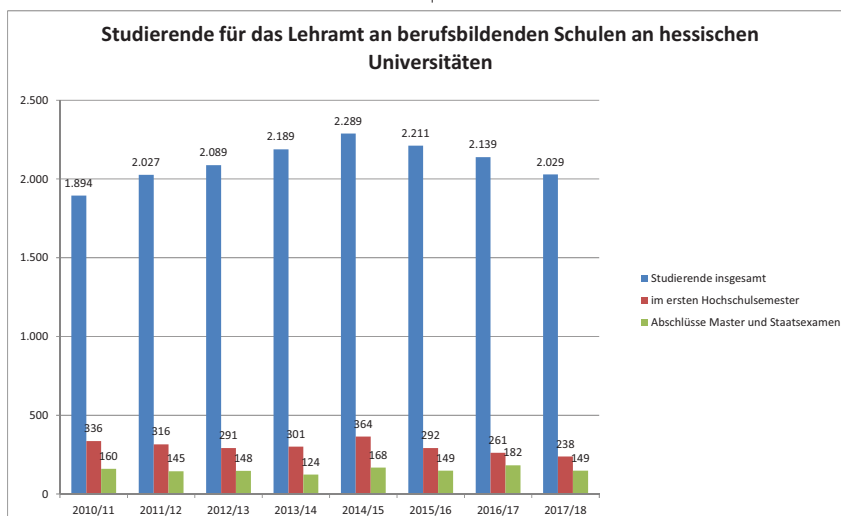
Literatur

✱ Dieter Dohmen/Maren Thomsen (2018): *Prognose der Schüler*innenzahl und des Lehrkräftebedarfs an berufsbildenden Schulen in den Ländern bis 2030, Frankfurt am Main. (Kann bei der Redaktion angefordert werden)*

✱ Hessisches Statistisches Landesamt (2017): Die Studierenden an den Hochschulen in Hessen im Wintersemester 2017/18, Vorläufige Ergebnisse, Wiesbaden. Ausgaben 2010 – 2017.

✱ Hessisches Statistisches Landesamt (2018a): *Lehrerinnen und Lehrer an den allgemeinbildenden und beruflichen Schulen in Hessen im Schuljahr 2017/18, Wiesbaden.*

✱ Hessisches Statistisches Landesamt (2018b): *Hochschulprüfungen in Hessen 2017, Wiesbaden. Ausgaben 2011 – 2018.*



Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt 2017, 2018b, eigene Berechnung

In den letzten Monaten wurden keine bedeutenden Vorhaben im Ministerium angegangen. Auch die im Wahlkampf versprochenen Änderungen wurden noch nicht in Stellenzuweisung und Rechtsgrundlagen umgesetzt. Allgemeine Aussage: „Wir warten auf den Koalitionsvertrag.“

Personell wurde das zweite ‚Großreferat‘ für berufsbildende Schulen wiederbesetzt. Das Stiefmütterliche der Berufsbildung bleibt jedoch bestehen. So kümmern sich um das allgemeine Gymnasium mehrere Referent_innen, was auch notwendig ist. Für das berufliche Gymnasium gibt es dagegen nur eine Referentin und diese muss noch zusätzlich die wichtige Schulform Fachoberschule betreuen.

UBUS

Hier gab es eine Zuweisung von einer viertel Stelle pro berufsbildende Schule für sozialpädagogische Unterstützung (UBUS). Um die Stelle zu besetzen, muss es ein von Gesamt- und Schulkonferenz beschlossenes Konzept geben. Schulpersonalräte sind ebenso zu beteiligen. UBUS war in fast allen Sitzungen des Hauptpersonalrats Thema, da die Rechtsgrundlagen nicht an allen Schulen angekommen sind. Die GEW Hessen hat umfassende Infos zu UBUS auf ihrer Homepage.

BÜA

Von den beteiligten Schulen werden immer wieder eine bedarfsgerechte Lehrerstellenzuweisung und eine zusätzliche Zuweisung für Sozialpädagogik

für BÜA (Berufsfachschule zum Übergang in Ausbildung) gefordert. Die Vertretung der Dienststelle in der Steuergruppensitzung konnte jedoch hierzu keine Aussagen machen, da dies die neue Hausspitze entscheiden müsse.

Bisher war unklar, wo Zugewanderte unterrichtet werden, die nach INTEA keine Ausbildung fanden, aber auch kein BZB Angebot in ihrer Nähe hatten. Jetzt ist zumindest durch Erlass geklärt worden, dass Zugewanderte in BÜA aufgenommen werden können, falls es kein BZB Angebot in der Nähe gibt.

Zugewanderte in Ausbildung

Weit über 1.000 junge Zugewanderte sind in Hessen in Ausbildung. Der Handwerkskammertag betonte, dass der Zuwachs an abgeschlossenen Ausbildungsverträgen im Handwerk in diesem Jahr nur durch Verträge mit Zugewanderten möglich war. An vielen Schulen wurden Lerngruppen für zusätzlichen Deutschunterricht, den zweiten vollen Berufsschultag, eingerichtet. Unklar ist, an welchen Schulen wie viele Gruppen mit welchen beruflichen Schwerpunkten und mit welcher zusätzlichen Zuweisung eingerichtet wurden. Der HPRLL stellte hierzu eine Anfrage, die bis Redaktionsschluss noch nicht beantwortet war.

Fortbildung

Das Ministerium fragte nach den Überlegungen des HPRLL zur fachlichen Fortbildung im beruflichen Bereich. Die von der GEW formulierten Forderungen (siehe insider 2/2017, S.26) wurden vom HPRLL diskutiert und beschlossen. Vorlagen bzw. Ideen seitens des glb: Fehlanzeige. Der HPRLL unterstützte die GEW Forderungen durch ein entspre-

chendes Schreiben ans Ministerium. Die Antwort steht noch aus.

Im zweiten Halbjahr 2018/19 ist eine Fortbildungs Sondermaßnahme zu den neuen Kerncurricula in den beruflichen Lernbereichen des Beruflichen Gymnasiums vorgesehen. Dabei sollen nicht nur die Kerncurricula besprochen werden, sondern es soll schwerpunktmäßig die Möglichkeit eröffnet werden, dass Unterrichtseinheiten entwickelt werden.

Abiturprüfung 2019

An uns wurden in den letzten Monaten Fragen und Kritik zur neuen Verordnung für die gymnasiale Oberstufe herangetragen, die der HPRLL bereits 2016/17 bei der Erörterung des Verordnungsentwurfs mit dem Ministerium vorgebracht hatte. Das HKM hatte hierzu Aussagen zu Protokoll gegeben.

Zur Bearbeitungszeit bei der Abiturprüfung erklärte das HKM, dass diese nicht ausgeweitet wird, sondern lediglich die Einlesezeit und dass somit keine Erhöhung des Umfangs der Abiturprüfung erfolge.

Zur Klausur unter Abiturbedingungen hatte das Ministerium zu Protokoll gegeben, dass es dabei nicht um eine Klausur ginge, die 1:1 die Abiturprüfung abbilden solle, sondern es soll die Möglichkeit eröffnet werden, in der Q3 eine „Klausur in ähnlichem Format“ anzufertigen. So sind nicht die gleichen organisatorischen Rahmenbedingungen notwendig, der zeitliche Umfang ist auf Unterrichtsstunden und nicht auf Zeitstunden angelegt und es ist nur eine Klausur zu erstellen und keine zwei Auswahlklausuren.

Ralf Becker

Am 20.12.2018 wurde der Entwurf des Koalitionsvertrages vorgestellt, dem am 22.12. die Landesparteitage von CDU und GRÜNE zustimmten. Wir dokumentieren hier und an mehreren anderen Stellen im *insider* Passagen zur Beruflichen Bildung. (DS)

AUSZÜGE AUS DEM KOALITIONSVERTRAG

Fachoberschule

Die Fachhochschulreife eröffnet heute den Zugang zu allen gestuften Studiengängen sowohl an Hochschulen für angewandte Wissenschaften als auch an Universitäten. Um den Studienerfolg der Absolventinnen und Absolventen zu steigern, wollen wir den Ausbildungsgang der Fachoberschule (FOS) weiterentwickeln und dabei insbesondere den für einen erfolgreichen Studienstart nötigen Kompetenzerwerb durch eine Erweiterung der Stundentafel in Mathematik, Deutsch und Englisch ergänzen. (S. 93)

Übergänge

Unsere Ziele für den Übergang von der Schule in den Beruf sind klar: Wir wollen jedem jungen Menschen eine Berufsausbildung ermöglichen und unproduktive Warteschleifen vermeiden. Den in Hessen im Schuljahr 2017/18 eingeführten Schulversuch der „Berufsfachschule zum Übergang in Ausbildung“ (BÜA) wollen wir als Erfolgsmodell ausbauen und weiterentwickeln. Wir sind außerdem offen für die Einrichtung weiterer Produktionsschulen in Zusammenarbeit mit Kommunen und dem Hessischen Ministerium für Soziales und Integration. Insbesondere für Flüchtlinge, die als Seiteneinsteiger in das deutsche Bildungssystem gekommen sind, wollen wir durch spezifische Angebote der beruflichen Schulen und der Schulen für Erwachsene sicherstellen, dass

sie trotz ihrer höchst unterschiedlichen Bildungsbiografien einen Schulabschluss erwerben können.

Im Interesse unserer Schüler wollen wir die Übergangsprozesse in eine weiterführende bzw. berufliche Schule nach der Jahrgangsstufe 9 bzw. 10 optimieren und standardisieren. Wir werden das Programm „JOBLINGE“ fortsetzen. (S. 93)

Das Ausbildungsprogramm „Wirtschaft integriert“ einschließlich der Sprach- und Unterstützungsangebote wollen wir ebenso die „InteA-Klassen“ in enger Zusammenarbeit mit den Partnern fortsetzen, um die sprachliche, betriebliche und berufsschulische Ausbildung von Flüchtlingen zur besseren Integration in Gesellschaft und Arbeit auszubauen. Wichtig für den erfolgreichen Ausbildungsabschluss ist es, die Betriebe nicht mit der Ausbildung dieser Jugendlichen allein zu lassen. Hier bedarf es einer engen Verzahnung mit unseren

Der Himmel hat den Menschen als Gegen-
gewicht gegen die vielen Mühseligkeiten
drei Dinge gegeben: die Hoffnung, den
Schlaf und das Lachen

(Immanuel Kant)

Programmen der „Qualifizierten Ausbildungsbegleitung“ und „Gut Ausbilden“ genauso wie mit der Ausbildungsbegleitung im Rahmen von „Wirtschaft integriert“. Zusätzlich werden wir nach dem Modell der Verbundausbildung die Schaffung von Ausbildungsverbänden zur Ausbildung und Integration

von Jugendlichen mit spezifischen Vermittlungshemmnissen (z.B. Schülerinnen und Schüler ohne Schulabschluss oder unzureichenden Deutschkenntnissen) prüfen, um so in diesen Fällen Betriebe durch die Übernahme des ersten Ausbildungsjahres entlasten zu können.

Auch den Menschen, die berufstätig sind, aber keinen formalen Berufsabschluss erworben haben, wollen wir einen realisierbaren Weg bieten, diesen berufsbegleitend nachzuholen. (S. 142)

Erzieher*in

Wir wollen ein großes Erzieherpaket schnüren, um die Ausbildung und den Beruf attraktiver zu gestalten. Wir werden prüfen, ob wir die Ausbildung straffen können und eine duale Ausbildung ermöglichen und ob Praxiszeiten bereits angemessen entlohnt werden. Dazu gehört für uns auch eine angemessene Ausbildungsvergütung, um auch mehr Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger für diesen Beruf zu gewinnen. Für eine Attraktivitätssteigerung des Berufsfeldes wollen wir den Teamgedanken in den

Kitas weiter fördern und über Teamfortbildungen, Supervision und Coachings Erzieherinnen und Erzieher als Einzelpersonen wie als Team für ihre wichtigen Aufgaben stärken. Wir werden auch zukünftig die kontinuierliche Weiterqualifizierung bei Fachkräften sicherstellen. (S. 13)

SCHULE OHNE RASSISMUS – SCHULE MIT COURAGE

Was bedeutet es, eine Courage-Schule zu sein und warum erhält eine Schule dieses Zertifikat? 1,5 Jahre nach dem Projektbeginn kann das Team „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ der Karl Kübel Schule Bensheim auf einige erfolgreiche Projekte zurückblicken.

Eine Courage-Schule, die durch die Erlangung des Zertifikates dem größten Schulnetzwerk Deutschlands angehört, behauptet von sich: „Wir übernehmen Verantwortung für das Klima an unserer Schule und für unser Umfeld.“ Der Titel ist kein Preis und keine



Auszeichnung für bereits geleistete Arbeit, sondern eine Selbstverpflichtung für die Gegenwart und die Zukunft. Die Karl Kübel Schule, die bereits seit 2001, als damals fünfte Schule in Hessen, dem Courage-Netzwerk angehört, bestätigt unter anderem durch wichtige Leitlinien des Schulprogramms, dass sie zu Recht den Titel einer Courage-Schule trägt. So findet man hier als Zitat: „Wir tragen Verantwortung, gestalten gemeinsam die Zukunft und leben die Vielfalt an unserer Schule. Gegenseitige Achtung und Anerkennung, vielfältige kulturelle und persönliche Lebensweisen prägen das Bild der Karl Kübel Schule.“

Alles dies motivierte das Team aus Natalie Rupp, Bianca Höfle, Vanessa Michel, Rebecca Sonnenschein und Stephanie Kolb, diesen Titel und vor allen Dingen die Selbstverpflichtung der Schule,

die dahinter steckt, erneut mit verschiedenen Aktivitäten wieder ins Bewusstsein zu rücken. Dies wurde im vergangenen Jahr durch die öffentliche Aufhängung der Courage-Plakette am Sport- und Spieltag gestartet. Anlässlich der Eröffnung dieses Tages forderte die Bürstädter

Bürgermeisterin Frau Bärbel Schader die Schülerschaft in ihrer Rede auf, die Botschaft dieser Aktion in ihren Herzen zu tragen und diese zu leben. Insbesondere die Unterstützung der SV ermög-

lichte es dem Team, eine Unterschriftenaktion zu starten, bei der die Schülerinnen und Schüler auf einem großen Transparent bestätigen, sich dem Gedanken der „Schule ohne Rassismus und mit Courage“ zugehörig zu fühlen.

Unsere Arbeit erlangte ihren bisherigen Höhepunkt mit dem Aktionstag „Dein Tag für Afrika“ der Aktion Tagwerk, der am 06.09.2018 an der Karl Kübel Schule stattfand. Mehr als 350

Schülerinnen und Schüler aus allen Schulformen beeindruckten durch ihr vielfältiges und großartiges Engagement. Anstatt in der Schule zu „büffeln“

nahmen sie einen bezahlten Tagesjob an, erledigten Hilfsarbeiten für Eltern, Großeltern oder Freunde, sammelten Spenden oder überzeugten durch kreative Klassenprojekte. Dies taten sie mit dem Ziel, auch anderen Kindern und Jugendlichen eine Zukunftsperspektive zu eröffnen, indem sie mit Hilfe ihrer Spende Bildungswege zugänglich machten. Zudem sammelten die Schülerinnen und Schüler durch die Teilnahme an diesem Aktionstag positive Erfahrungen für sich persönlich, gewannen vielfältige Einblicke und manch einer knüpfte gar die ersten Kontakte zu einem möglichen zukünftigen Praktikums- oder Ausbildungsbetrieb.

Der von den Schülerinnen und Schülern erwirtschaftete Betrag in Höhe von 5.375,30 € wird unterschiedlichen Bildungsprojekten in afrikanischen Ländern zu Gute kommen. So wird die Hälfte des Geldes an Focus e.V. in Viernheim gespendet, die damit das Projekt „un enfant – un arbre“ in einer Partnerregion in Burkina Faso unterstützt. Die andere Hälfte des Geldes wird an Bildungsprojekte der Aktion Tagwerk in den Ländern Ruanda, Uganda und Simbabwe vergeben.



Doch auch weitere Projekte wurden durch das „SoR-Team“ organisiert und durch die vielfältige Unterstützung der Kolleginnen und Kollegen ermöglicht.

So fand in diesem Jahr bereits zum dritten Mal das WenDo-Projekt, ein Selbstverteidigungskurs für Schülerinnen, statt. Die große Begeisterung der Teilnehmerinnen führte dazu, dass eine Implementierung geplant ist, sobald eine stetige Finanzierung gewährleistet werden kann. Ebenfalls viel Spaß, aber vor allem neue Erkenntnisse, lieferte das Couragisten-Projekt der Polizei, welches einmal jährlich Alltagshelden ausbildet und ebenfalls auf große Begeisterung bei den Schülerinnen und Schülern stößt. Durch zwei Workshops, „Afrika neu entdecken“ und „Handelsbeziehungen mit Afrika“, war die KKS als Schule ohne Rassismus an der Internationalen Woche Bensheim

2018 beteiligt. Hierbei lernten die Schülerinnen und Schüler, sich auf neue Kulturen einzulassen und Vorurteile abzubauen. Durch die vielen spannenden Fragen der Klassen an die Referenten aus Afrika, Studenten die sich im WUS-Netzwerk (WUS = World University Service)

engagieren, erlangten nicht nur sie neue Erkenntnisse, sondern auch unserem Team wurden neue Denkanstöße gegeben. Daher freut sich das SoR-Team bereits jetzt auf weitere Projekte.

Natalie Rupp



NEUER MATHEMATIK-EINSTIEGSTEST FÜR QUEREINSTEIGER/GEFLÜCHTETE

Wie ermittelt man Fähigkeiten von Menschen, die aus anderen Ländern und Kulturen zu uns gekommen sind und nun an den Beruflichen Schulen unterrichtet werden? Für die Einschätzung der Sprachkenntnisse gibt es bereits Testverfahren, für die außersprachlichen Fähigkeiten weniger.

Um diesem Missstand abzuhelpen wurde in den Jahren 2017/18 in Kooperation von der Theodor-Litt-Schule Gießen (TLS), der Justus-Liebig-Universität, der GWAB Wetzlar und der Lehrkräfteakademie ein neuer Rechentest mit dem Namen RTMB (Rechentest mathematische Basiskompetenzen) entwickelt. Er hat das Ziel, einen aussagefähigen Rechentest für Menschen mit wenig deutschen Sprachkenntnissen und teilweise nur geringen Mathematikkenntnissen zur Verfügung zu stellen. Er basiert von der Systematik her auf dem schon lange eingeführten Rechentest Berufsschule (RTBS) und liegt vom Niveau her leicht unter dem Hauptschulabschluss. Das extrem unterschiedliche mathematische Niveau von Seiteneinsteigern berücksichtigt der Test, indem er in 2 Teile untergliedert wurde.

Teil 1 umfasst die Grundrechenarten, die Kenntnisse der wichtigsten Rechenzeichen (+ - * :), den Aufbau des Dezimalsystems und das Grundverständnis von Zahlen in der deutschen Schreibweise.

Teil 2 beinhaltet Größen, Maße, Dreisatz, Prozentrechnen, Geometrie, räumliche Vorstellung und Diagramme und macht nur dann Sinn, wenn im Teil 1 mehr als 50% erreicht wurden.

Der Test wurde sprachlich so entlastet, dass er auch für Menschen ohne deutsche Sprachkenntnisse mit Anleitung durchführbar ist. Für fast jede Aufgabe gibt es Beispielaufgaben, aus denen zu erkennen ist, welche Rechenarten durchzuführen sind.

Zur Zeit bietet die Lehrkräfteakademie Fortbildungen zur Durchführung des Tests an. Im Frühsommer 2019 wird der Test über die Lehrkräfteakademie als CD-ROM erhältlich sein. Wer schon vorher den Test ausprobieren und sich am Normierungsverfahren beteiligen möchte, wende sich bitte direkt per Email an den Testautor. (robert.hinze@tls-gi.eu)

Robert Hinze, Theodor-Litt-Schule Gießen

AUSBILDUNGSMARKT 2018

Wie heißt es so schön: es kommt auf den Blickwinkel oder auch die Interessenslage an, so auch bei der Beurteilung des Ausbildungsmarktes 2018. Wir dokumentieren die Stellungnahmen des BIBB (Bundesinstitut für Berufsbildung) und des DGB (Deutscher Gewerkschaftsbund) mit Ergänzungen der GEW. (DS)

GEW: „Junge Menschen brauchen eine Ausbildungsgarantie!“

PM 30.10.2018

Die Bildungsgewerkschaft setzt sich für eine Ausbildungs-garantie ein, die ohne revolutionäre Veränderungen möglich ist, wie der Nachbar Österreich bei vergleichbaren Bildungsbedingungen beweist. „Wir brauchen zudem eine Ausbildungsplatzumlage, die ausbildungswilligen Unternehmen ermöglicht, zusätzliche Lehrstellen zu schaffen“, betonte Vorstandsmitglied Ansgar Klinger. Er machte deutlich, dass nur noch gut ein Fünftel aller Betriebe ausbilde und der Anteil der Ausbildungsverhältnisse an der insgesamt gestiegenen sozialversi-

cherungspflichtigen Beschäftigung bedenklich sinke. „Das zeigt: Wer allein auf die Kräfte des Marktes setzt, wird seiner Verantwortung gegenüber der nachwachsenden Generation nicht gerecht“, unterstrich Klinger. Die „Allianz für Aus- und Weiterbildung“ müsse bei diesen Fragen deutliche Fortschritte erzielen. Ferner gelte es, die Qualität der Ausbildung zu verbessern. „Hohe Abbrecherquoten in einzelnen Branchen deuten darauf hin, dass bei der Ausbildung in den Betrieben Einiges im Argen liegt“, sagte der Berufsbildungsexperte.

Es ist auch wichtig, dass die schulischen Berufsausbildungen insbesondere in den Erziehungs-, Gesundheits- und Sozialberufen mehr beachtet werden“, betonte Klinger. „Knapp 180.000 junge Menschen haben sich für eine solche Ausbildung in diesen zukunfts-trächtigen Berufen entschieden. Sie sind ein wichtiger Teil des Ausbildungs-marktes und der Berufsent-wicklung in Deutschland - auch wenn die Ausbildung nicht sozial-versicherungspflichtig ist.“

„Der Ausbildungsmarkt zerfällt in parallele Welten“ Wohnort, Schulabschluss und Pass spielen eine große Rolle

DGB-PM 13.12.2018

Es klingt paradox: Auf der einen Seite gibt es immer mehr unbesetzte Ausbildungsplätze, auf der anderen Seite sind fast 80.000 Jugendliche akut auf der Suche. Und: Die Zahl der jungen Menschen ohne Schulabschluss steigt. Diese „Unwuchten auf dem Ausbildungsmarkt“ müssen dringend beseitigt werden, fordert DGB-Vize Elke Hannack.

In diesem Jahr wurden 531.414 Ausbildungsverträge neu abgeschlossen. Das sind 8.124 mehr als im Jahr zuvor und entspricht einem Anstieg von 1,6 Prozent. Auch das Angebot von Ausbildungsplätzen ist deutlich gestiegen. Aber: Viele Stellen bleiben unbesetzt, viele junge Menschen sind immer noch auf der Suche. Und: Die Hochrisikogruppe wird größer.

„Es bleiben zahlreiche Hausaufgaben zu erledigen“

Der Ausbildungsmarkt zerfällt in parallele Welten: Während die Zahl der unbesetzten Plätze steigt, hängen die Ausbildungschancen der Jugendlichen noch immer stark von ihrem Wohnort, ihrem Schulabschluss und ihrem Pass ab“, kritisiert die stellvertretende DGB-Vorsitzende Elke Hannack. „Wir können froh sein, dass die Zahl der Ausbildungsverträge leicht gestiegen ist, doch es bleiben zahlreiche Hausaufgaben zu erledigen. Rund 78.600 Jugendliche suchen noch akut einen Ausbildungsplatz – und das bei 57.600 offenen Plätzen. Die Zahl der Jugendlichen ohne Berufsabschluss steigt weiter; von 13,9 auf 15,0 Prozent der jungen Menschen im Alter von 20 bis 29 Jahren. Das

sind 1,45 Millionen Jugendliche in diesem Alter. Sie sind die Hochrisikogruppe auf dem Arbeitsmarkt und fühlen sich von den demokratischen Kräften oft nicht mehr gesehen und angesprochen.“

Allianz für Ausbildung

Zurzeit verhandeln Bund, Länder, Wirtschaft und Gewerkschaften über die Neuaufgabe der Allianz für Aus- und Weiterbildung“, so Elke Hannack weiter. „Die neue Allianz muss sich daran messen lassen, ob sie diese Unwuchten auf dem Ausbildungsmarkt angeht. Im Koalitionsvertrag ist das vorgesehen - hier sind alle Allianz-Partner gefordert. Zu viele Betriebe ziehen bei der Ausbildung Mauern hoch und schotten sich gegen Hauptschüler ab. Es birgt sozialen Sprengstoff, wenn Unternehmen

über einen vermeintlichen Azubi-Mangel klagen, sich aber von Hauptschülern abwenden. Nicht einmal jeder zweite Jugendliche mit Hauptschulabschluss schafft den direkten Sprung in Ausbildung. Die Betriebe müssen sich diesen Jugendlichen wieder öffnen. Mit den ausbildungsbegleitenden Hilfen und der Assistenten Ausbildung bietet der Staat die nötige Unterstützung an. Es gibt

keine Ausreden mehr für mangelnde Ausbildungsbereitschaft. Wir müssen aber auch die Assistierte Ausbildung weiterentwickeln und ausbauen.“

Große regionale Unterschiede

Elke Hannack weist auch auf die regionalen Unterschiede auf dem Ausbildungsmarkt hin: „Besonders dramatisch ist die Lage auf dem Ausbildungsmarkt im

Ruhrgebiet, in den mittleren Städten Hessens und Niedersachsen sowie im Norden Schleswig-Holsteins. Wir dürfen nicht zulassen, dass in Oberhausen, Bochum, Hameln, Flensburg oder Nordbrandenburg eine abgehängte Generation heranwächst. In diesen Regionen muss der Staat ergänzend zur betrieblichen Ausbildung auch außerbetriebliche Plätze anbieten.“

Betriebliches Ausbildungsangebot legt kräftig zu - BIBB-Analyse zur Entwicklung des Ausbildungsmarktes 2018

BIBB-PM 52/2018 12.12.2018

Die Bilanz der Ausbildungsmarktentwicklung 2018 hat – gemessen am Zeitraum der letzten zehn Jahre – viele Spitzenwerte hervorgebracht. So stieg das betriebliche Ausbildungsplatzangebot gegenüber dem Vorjahr um +17.800 beziehungsweise +3,2 % an und war mit 574.200 so hoch wie noch nie seit 2009. Auf eine neue Höchstmarke stieg jedoch auch die Zahl der Ausbildungsplätze, die unbesetzt blieben. Mit 57.700 fiel diese mehr als dreimal so hoch aus wie 2009 und lag um +8.700 beziehungsweise +17,7 % höher als 2017. Rein rechnerisch waren die Chancen der jungen Menschen auf einen Ausbildungsplatz so gut wie seit vielen Jahren nicht mehr: Auf 100 Ausbildungsplatznachfragende kamen 2018 rund 97 Angebote.

Die Bemühungen der Wirtschaft, angesichts der zunehmenden Besetzungsprobleme das Interesse junger Menschen nach einer dualen Berufsausbildung zu steigern, hatten bei jungen Männern Erfolg: 384.900 fragten einen Ausbildungsplatz nach – ebenfalls ein neuer Spitzenwert seit 2009.

Weitere Informationen, Statistiken, Tabellen, Grafiken und interaktive Regionalkarten: · im Internetangebot des BIBB unter www.bibb.de/naa309-2018 sowie · im Fachbeitrag: Deutlich mehr Ausbildungsplatzangebote, jedoch erneut mehr unbesetzte Plätze. Die Entwicklung des Ausbildungsmarktes im Jahr 2018 unter www.bibb.de/ausbildungsmarkt2018

Völlig gegensätzlich verlief allerdings die Entwicklung bei den jungen Frauen: Lediglich 225.100 wurden gezählt, die eine duale Berufsausbildung nachfragten – ein historischer Tiefstand. Dieser Negativrekord dämpfte auch den Zuwachs bei der Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge, die mit 531.400 um +8.100 (+1,6 %) höher ausfiel als im Vorjahr.

Dies sind zentrale Ergebnisse der Analysen des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) zur Entwicklung des Ausbildungsmarktes im Jahr 2018. Sie basieren auf der BIBB-Erhebung über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zum 30. September sowie auf der Ausbildungsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit (BA).

Koalitionsvereinbarung Deutsch

Die Angebote zum Erwerb der deutschen Sprache (Intensivklassen und -kurse, an den beruflichen Schulen „InteA“) sollen im Zuge des Deutschförderkonzeptes aus einem Guss weiter verbessert und systematisiert werden. Besonderes Augenmerk soll dabei auf Angeboten zur Alphabetisierung von Geflüchteten, der Einbeziehung aller Schulformen, der zusätzlichen Deutschförderung in der Oberstufe und ausbildungsbegleitenden Angeboten an den beruflichen Schulen liegen.

Die Sprachintensivförderung im Rahmen der Intensivklassen an beruflichen Schulen (InteA) hat

sich bewährt. Allerdings erreichen nicht alle Jugendlichen nach Durchlaufen von InteA bereits die notwendigen Sprachkenntnisse bzw. Voraussetzungen für den Übergang in eine Berufsausbildung. Daher werden wir die Maßnahmen im Anschluss an InteA, insbesondere die Bildungsgänge zur Berufsvorbereitung (BzB), weiter stärken.

Neben der Sprachintensivförderung im Rahmen von InteA wird in den kommenden Jahren der ausbildungsbegleitenden Sprachförderung eine besondere Bedeutung zukommen. Die Landesprogramme werden wir entsprechend anpassen. (S. 82)

neue Publikationen



Constanze Lindemann/Harry Neß
(Hrsg.)

Vom Buchdrucker zum Medientechnologen Wege der Druckindustrie in die Welt der Digitalisierung

Was sich mit dem Eintritt in das Medienzeitalter entwickelt hat ist in seinen Auswirkungen nur zu vergleichen mit der Erfindung des Buchdrucks im 15. Jh. Wie sehen angesichts neuer technologischer Entwicklungen angemessene Antworten zur Zukunftssicherung von qualifizierten Arbeitsplätzen und der Wirksamkeit von innerbetrieblicher Mitgestaltung aus?

Die Autor*innen sowie die befragten Zeitzeugen aus Sozial- und Geschichtswissenschaften, Medientechnologie, Berufsbildung und -praxis sowie betrieblicher und gewerkschaftlicher Interessenvertretung bringen vielfältige Anregungen ein, den Weg von der Medienindustrie zur Multimediaindustrie im Interesse der Beschäftigten aktiv mitzugestalten. **ISBN 978-3-89965-824-8**

Andreas Helmke

Unterrichtsqualität und Lehrer- professionalität Diagnose, Evaluation und Verbes- serung des Unterrichts

Was macht die gute Lehrkraft und was den erfolgreichen Unterricht aus? Wie lässt sich die Qualität des Unterrichts erfassen, bewerten und verbessern? Nach einer Übersicht über theoretische Konzepte der Lehr-Lern-Forschung und Merkmale der Lehrprofessionalität geht es in diesem Buch um fachübergreifende lernwirksame Merkmale der Unterrichtsqualität und danach um Methoden und Werkzeuge der Diagnostik und Evaluation des Unterrichts. Dem folgen Kapitel zur Unterrichtsentwicklung und zum Potenzial der Unterrichtsvideografie. Die aktualisierte Neuauflage berücksichtigt wichtige Forschungen der letzten Jahre (z.B. Hattie-Studie) und neue Mittel der Unterrichtsdiagnostik.

ISBN 978-3-7800-1009-4

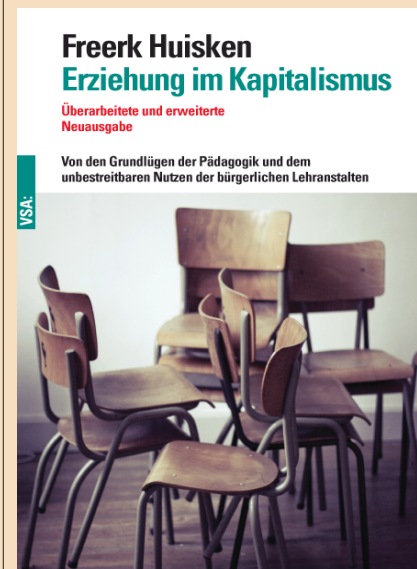


Freerk Huisken

Erziehung im Kapitalismus

Das Standardwerk zur Kritik der „Erziehung im Kapitalismus“, überarbeitet und erweitert.

Huisken legt die „Grundlügen der Pädagogik“ bloß und begründet vor dem Hintergrund der aktuellen Debatten die These: Schule ist und bleibt ein wirkmäch-



tiges Instrument bürgerlicher Herrschaft. Ein neues Kapitel widmet sich den Schulreformen, die seit des „PISA-Rankings“ von 2001 initiiert worden sind. Nicht zuletzt kommt auch zur Sprache, warum Schüler*innen in der modernen demokratischen Schule nicht nur zunehmend stupider, sondern immer mehr auch krank werden. **ISBN 978-3-89965-691-6**

DGB-JUGEND SOMMERAKADEMIE 2018-AUSBILDUNG 4.0

Die diesjährige Sommerakademie der DGB-Jugend stellte sich dem Thema „Ausbildung 4.0“ mit mehreren *Workshops* und einem *Einsteigervortrag* von Prof. Dr. Nicola Mayer-Ahuja von der Universität Göttingen, die über die Entwicklung und die „Zukunft der Arbeit“ referierte.

In den mehrphasigen *Workshops* zu drei Themengebieten (Digitalisierung analysieren, Digitalisierung in der Praxis, Digitalisierung mitbestimmen) erarbeiteten die Teilnehmenden Fragen und Erkenntnisse der teilnehmenden Gewerkschaftsmitglieder aus den Gewerkschaften IG-Metall, IGBAU, IG BCE, Ver.di und anderen. Jeder Workshop startete mit einem *Impulsreferat* und bot dann den Teilnehmenden die Gelegenheit, im Austausch mit dem Referenten wichtige Punkte zu besprechen. So entstanden u.a. auch Fragen, die für den nächsten Ausbildungsreport der DGB-Jugend den zu befragenden Auszubildenden gestellt werden sollen.

Dass die Digitalisierung viele und vielfältige Chancen bietet, ist mittlerweile unbestritten, dass sie allerdings auch Ansprüche an die Kompetenzen der lernenden und arbeitenden Jugendlichen und Erwachsenen stellt sowie an die Ausstattung der Lern- und Arbeitsorte wurde auf der DGB-Jugend Sommerakademie klar erkennbar. Niemand wusste dies besser zu berichten als Günther Fuchs, Schulleiter der Oskar-von-Müller-Berufsschule in Kassel, dessen Schule bei der Digitalisierung von Lehr-, Lern- und Arbeitsprozessen eine Vorreiterrolle einnimmt. Und auch ist es Aufgabe der Gewerkschaften, ihre Mitglieder vor potentiell negativen Auswirkungen der Digitalisierung zu schützen. So war beispielsweise eine Individualisierung der Lern- und Arbeitsprozesse, ermöglicht durch digitale Systeme, die 24 Stunden am Tag erreichbar sind, ein Thema der Workshops. Gleichzeitig wurde jedoch die Gefahr der Entgrenzung von Lern- und Arbeitsprozessen diskutiert, die durch derartige Systeme hervorgerufen werden können.

Auch die *Fishbowldiskussionen*, die mit Staatssekretär Mathias Richter (Ministerium für Schule und Bildung NRW), Vertretern der Industrie, der IHK und der Arbeitgeberverbände geführt wurden zeigten, dass der Digitalisierungsprozess eine Mitbestimmung seitens der Gewerkschaften unbedingt notwendig macht. Dies, um einerseits die Lernenden und Arbeitenden zu schützen, andererseits die Digitalisierung mit zu befördern und so auch für bessere Ausstattungen und Bildungseinrichtungen zu sorgen und methodisch-didaktische Konzepte zu fördern, die den richtigen Umgang mit digitalen Medien und Systemen unterstützen.

Zu diesen Herausforderungen nimmt der Ausbildungsreport 2018 der DGB-Jugend ebenfalls Stellung.

Dan Löwenbein



DIE NEUEN LERNORTE

Es verwundert nicht, dass die vernetzte Wissensgesellschaft nach neuen Lernerfahrungen sucht, die nicht an schulischen Frontalunterricht erinnern, wie wir ihn immer noch vorfinden. Dabei hat auch der physische Lernort direkte Auswirkung, da – so die wissenschaftliche Erkenntnis – Menschen bei wichtigen Lernerfahrungen immer den Ort miterinnern, an dem sie eine wichtige Erkenntnis gewannen. In Seminarräumen, die die Teilnehmenden an ihren früheren Klassenraum erinnern, fallen diese unbewusst

in ihr schulisches Verhalten zurück, sind wieder Klassenkasper oder kurz vorm Einnicken. So sehr die Lernorte uns also prägen, so vielseitiger, berührender und wertschätzender sollten wir Lernerfahrungen gestalten.

Bemerkenswert ist, dass die neuen Lernorte in Schule und Büro sich der typischen Struktur, Hierarchie, dem Raumprogramm und der Gleichförmigkeit entziehen, die für die lange als professionell geltenden Arbeitsstätten charakteristisch waren. Neue Schul- und Bürogebäude sorgen mit mehr Raum für Austausch und Interaktion. Großzügige Atrien, Galerien und sogar Spazierwege fördern die informelle Begegnung und übertragen die Vielfalt öffentlicher Begegnungsflächen aus der Stadtplanung in die Organisation. Tischreihen monotoner Bildschirmarbeitsplätze und uniforme Meetingräume differenzieren sich aus in Gemeinschaftsflächen mit Café, Kreativworkshop- und Teamräumen bis hin zu ruhigeren Konzentrationszonen. Diese neue

Vielfalt entspricht nicht nur der angestrebten agilen und transdisziplinären Zusammenarbeit. Sie entspricht auch den zukunftsweisenden pädagogischen Ansätzen,

in Birmingham ist der Neubau der Bibliothek ein urbaner Magnet für Bürgerinnen und Bürger jeden Alters und jeder Herkunft. Nichts anderes möchten Schulen und müssten



An der VUC Syd im dänischen Haderslev erhalten erwachsene Schüler eine zweite Bildungschance. Nach negativen Erfahrungen mit Bildungseinrichtungen bringt diese ihnen ein hohes Maß an räumlicher Vielfalt und Wertschätzung entgegen. Foto: AART architects

die Kinder zur Selbstorganisation und gegenseitigem Lernen bewegen und ihnen dazu vielfältige Lernmethoden und -formate vermitteln.

Der weite Weg zur vernetzten Lernkultur

Alein das digitale Potenzial wird in deutschen Schulen wie Büros noch nicht ausgeschöpft. Hier findet man wenig von der individuell adaptiven Ausrichtung oder der sinnlich-berührenden Lernerfahrung. Inwieweit analog-digitale Wechselwirkungen Forschergeist wecken, intensive Lernerlebnisse erzeugen und damit ihre Aufenthaltsqualität und Relevanz steigern konnten, können vielmehr die klassisch-kulturellen Lernorte, wie Museen und Bibliotheken bezeugen. So setzt das Wissenschafts-Center „Experimentarium“, nördlich von Kopenhagen, voll auf die Interaktion mit den Besuchenden, in Århus treffen sich Studierende zum Lernen lieber auf den Galerien und Terrassen im Kulturzentrum Dokk1 als in ihrer Universität und

Arbeitsstätten doch auch mit ihren Angeboten erzielen.

Lernformate wandeln sich in vernetzte, spielerische Erfahrungen, in denen die eigene Neugier zum Lernen motiviert.

Die Konsum-, Entertainment- und Freizeitindustrien verstehen, wie sie für ihre Inhalte begeisterte Beteiligung erzeugen: Multisensuelle Erfahrungen finden sich im Ausstellungsdesign, spannende Interaktionen gestaltet die Gaming-Branche und personalisierte Erlebniswelten begegnen uns im Online-Shopping. Anwendungsbezug erleben wir unter der Virtual-Reality-Brille, Kreativität und Storytelling hingegen entspinnen sich auf YouTube. Aus Kommunikation wurde hier längst Inspiration und Interaktion. Und damit wären wir genau beim Lernen. Denn auch die Lernformate wandeln sich in vernetzte, spielerische Erfahrungen, in denen die eigene Neugier zum Lernen motiviert.

„Das Kind als Baumeister seines Selbst“, so lautet das Bild der Montessori Schulen, das zu Beginn des 20. Jahrhunderts reformpädagogisch revolutionär war. Die Leitlinien ihrer Pädagogik – offener Unterricht, vielfältige und altersgerechte Unterrichtsmethoden, die Anleitung, sich Inhalte selbst zu erschließen, die Integration kreativer Ausdrucksfor-

men und vor allem die Berücksichtigung und Förderung der individuellen Neigungen des einzelnen Kindes – sind inzwischen in nahezu jedem modernen Schulkonzept zu finden. Allein deren Umsetzung wird erst dank intelligenter Vernetzung möglich. Bis dahin – und weil deutsche Bildungseinrichtungen aus verschiedenen Gründen hinsichtlich

der digitalen Vernetzung eher zu den Nachzögern gehören –, wird die nächste Generation hoffentlich schon gelernt haben, dass sie überall und ständig Baumeister ihres Selbst sein kann.

Weitere Informationen
www.birgit-gebhardt.com

WIE DIGITAL SIND DEUTSCHLANDS SCHULEN?

GEW-PM 24.09.2018

Die Schulen in Deutschland sind für ihren Auftrag, die Schülerinnen und Schüler auf die Anforderungen der digitalen Welt vorzubereiten, schlecht aufgestellt. Doch das ist nur eines der Ergebnisse der GEW-Studie zur Qualität von Bildungseinrichtungen.

Im Sommer 2018 hat die GEW ihre Mitglieder gefragt, wie es um die Bildungseinrichtung steht, in der sie arbeiten. Dabei zeigte sich, dass Schulen vor allem bei der Digitalisierung schlecht aufgestellt sind. „82 Prozent der Befragten mahnen die Verbesserung der digitalen Ausstattung der Schulen als sehr wichtig oder wichtig an. 89 Prozent verlangen, dass die Bereitstellung zusätzlicher Gelder dafür höchste oder hohe Priorität haben müsse. Das ist für die bisherigen Bemühungen der Politik, Schulen an die digitale Entwicklung anzukoppeln, ein Armutszeugnis“, sagte GEW-Vorsitzende Marlis Tepe bei der Vorstellung der Studie „Gebäudequalität von Bildungseinrichtungen“ in Berlin. Für die 280.000 Mitglieder der Bildungsgewerkschaft ist die Untersuchung repräsentativ.

Die GEW-Studie adressiert insgesamt vier Themenkomplexe: Die aktuelle Gebäudesituation, den Verbesserungsbedarf bei der digitalen Ausstattung, die Beteiligung bei baulichen Veränderungen sowie die Situation in Ganztageseinrichtungen. „Große Unzufriedenheit herrscht auch mit dem Zustand der Gebäu-

de, den räumlichen Möglichkeiten, insbesondere für Ganztagsangebote, der Hygiene und der Ausstattung mit Lehr- und Lernmitteln“, sagte die GEW-Chefin.

59 Prozent halten größere Umbau- und Sanierungsmaßnahmen an ihrer Schule für dringend notwendig.

Schülerinnen und Schüler (85%)

- mehr persönliche Arbeitsplätze für Lehrkräfte (70%)

„Diese Zahlen werfen ein bezeichnendes Licht darauf, dass Deutschland viel zu wenig dafür tut, die nachwachsende Generation unter angemessenen Rahmenbedingungen auszubilden. Wir sind weit da-



Quelle: GEW-Studie „Gebäudequalität von Bildungseinrichtungen“

Verbesserungsbedarf mit räumlichen Möglichkeiten:

- mehr Funktionsräume zur Differenzierung, Fachräume, Räume für Elterngespräche (86%)
- mehr Pausen- und Rückzugsräume für Beschäftigte sowie

von entfernt, dass ‚der Raum als dritter Pädagoge‘ seinen Beitrag zu gelingenden Lernprozessen leisten kann“, sagte Tepe. Die Politik müsse endlich handeln und sich auf substantielle Verbesserungen an den Schulen verständigen. „Wir regen eine **Nationale Bildungs-**

strategie an, damit nicht weiterhin von unterschiedlichen Akteuren an vielen verschiedenen Baustellen herumgewerkelt wird.“ Dafür brauche es einen Schulerschluss von Bund, Ländern und Kommunen.

„Wir schlagen einen **Bildungsgipfel vor!**“ (Marlis Tepe)

Fünf Milliarden Euro aus dem Digitalpakt und 3,5 Milliarden Euro für die Schulsanierung - wie im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD vorgesehen - reichen bei weitem nicht aus. Das belegen die Ergebnisse unserer Untersuchung ebenso wie die neuesten Zahlen der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), die allein an

den Schulen einen Sanierungsstau von 47,7 Milliarden Euro errechnet hat“, so Tepe weiter. „Wir schlagen einen **Bildungsgipfel** vor, der

Die Agentur „Mauss Research“ hat im Auftrag der GEW eine repräsentative Befragung unter 15.000 Mitgliedern zur Gebäudequalität von Bildungseinrichtungen durchgeführt. Die Rückmeldequote lag bei knapp 20 Prozent. Digitale Ausstattung zeigte sich bei den Rückmeldungen als eine der dringlichsten Herausforderungen. Das Ergebnis ist die Studie „Gebäudequalität von Bildungseinrichtungen“. Zudem gibt es eine Infografik mit den wichtigsten Ergebnissen sowie eine Sonderauswertung für die berufsbildenden Schulen (können bei der Redaktion angefordert werden).

sich auch intensiv mit dem Thema Fachkräftemangel beschäftigen muss.

Die Befragung „**Gebäudequalität von Bildungseinrichtungen**“ ist Teil der bundesweiten GEW-Initiative „Bildung. Weiter denken!“

für bessere Lern- und Arbeitsbedingungen sowie mehr Geld für Bildung. Die GEW zeigt mit ihrer Initiative nicht nur, was sie unter guter Bildung versteht, sondern

auch wie sich zusätzliche Investitionen in Bildung finanzieren lassen.

Koalitionsvereinbarung Berufsschulstandorte

Mit den zentralen Akteuren der beruflichen Bildung werden wir eine gemeinsame Imagekampagne für berufliche Bildungsangebote starten und zur Aufwertung von Ausbildungsangeboten beitragen.

Wir befürworten eine möglichst wohnortnahe berufliche Ausbildung, da so auch der ländliche Raum in der Fläche gestärkt wird. Grundlage für eine erfolgreiche duale Bildung ist dabei eine flächendeckende Versorgung mit beruflichen Schulen bei möglichst breitem Berufsangebot. Wir werden daher die Anzahl der Berufsschulstandorte sichern und in Hauptausbildungsberufen im ländlichen Raum Standorte weiterhin erhalten. Hierfür kann auch punktuell eine Abweichung von der regulären Lehrerzuweisung vorgenommen werden. Wenn in bestimmten Berufen selbst bei einem reduzierten Klassenteiler und nach Berücksichtigung von Affinitäten die niedrigen Auszubildendenzahlen die Einrichtung von jahrgangsbezogenen Klassen nicht mehr zulassen, soll die Unterrichtsqualität durch die Bildung von Lan-

des- und Bezirksfachklassen gesteigert werden. Wir werden Landesfachklassen nach Möglichkeit auch bei geringer Schülerzahl erhalten.

Dabei legen wir im Sinne der Standortsicherung großen Wert darauf, diese Klassen vorwiegend im ländlichen Raum an den Kreisberufsschulen zu bilden. Auch ist eine Verlagerung bereits bestehender Landes- und Bezirksfachklassen in den ländlichen Raum wünschenswert. Wir werden uns zudem innerhalb der Kultusministerkonferenz (KMK) für die Umsetzung von Modellen einer länderübergreifenden Zusammenarbeit einsetzen. Darüber hinaus können wir uns vorstellen, in Ausbildungsberufen mit nur wenigen Auszubildenden den Berufsschulunterricht auch örtlich in einen allgemeinen und einen berufsbezogenen, speziellen Teil aufzuteilen, um so möglichst viele Ausbildungsmöglichkeiten vor Ort zu erhalten. Gemeinsam mit den Kammern und den Berufsfachverbänden wollen wir ein hessisches Standortkonzept für berufliche Schulen entwickeln.

Koalitionsvereinbarung Politische Bildung

Eine demokratische Gesellschaft lebt von der Anerkennung gemeinsamer Grundwerte, Entscheidungsregeln und von einem respektvollen Miteinander. Wo in Zeiten des Wandels Verunsicherung

wächst, politische Entscheidungsprozesse nicht mehr nachvollzogen und die Geltung des Rechts in Frage gestellt werden, ist dies ein Nährboden für Populismus, Hass und Extremismus. Dem wollen wir uns

DEMOKRATIE BRAUCHT ÜBERZEUGTE UND ENGAGIERTE DEMOKRATEN

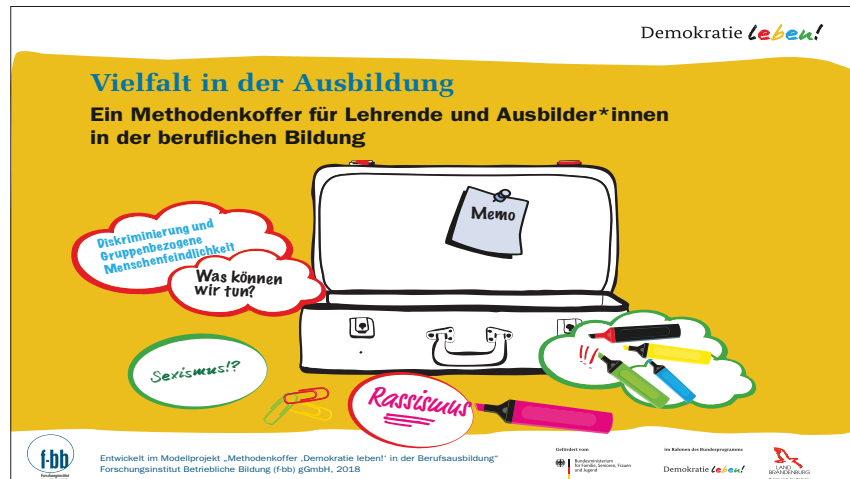
Empfehlungen zur Demokratie und Menschenrechtsbildung in der Schule

PM der KMK vom 11.10.2018

Die Länder haben sich auf eine noch stärkere Verankerung der Demokratie- und Menschenrechtsbildung in Unterricht und Schulalltag verständigt. Die Kultusministerkonferenz reagiert mit der grundlegenden Überarbeitung ihrer Empfehlungen „*Demokratie als Ziel, Gegenstand und Praxis historisch-politischer Bildung und Erziehung in der Schule*“ und „*Menschenrechtsbildung in der Schule*“ auf veränderte gesellschaftliche Rahmenbedingungen und aktuelle politische Herausforderungen.

Wir sehen es vielmehr als eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe an, Lehrkräfte in ihrem Bemühen zur Demokratiebildung, der Erziehung zu Menschenrechten und im Eintreten für Toleranz, Respekt und Mitmenschlichkeit im Sinne des Grundgesetzes zu unterstützen. Demokratie braucht überzeugte und engagierte Demokratinnen und Demokraten.

Daraus leitet sich ein konkreter Bildungsauftrag für die Schulen ab. Schule ist die einzige gesellschaftliche Institution, in der wir alle Kinder und Jugendlichen erreichen können. Sie ist daher nicht nur ein Ort der demokratischen Wissensvermittlung, sondern insbesondere auch demokratischer Erfahrungs-



raum. Hier werden Demokratie und Menschenrechte vorgelebt und gelernt.

Empfehlung zur Demokratiebildung und Empfehlung zur Menschenrechtserziehung:

<https://www.kmk.org/>

Vielfalt in der Ausbildung - Ein Methodenkoffer für Lehrende und Ausbilder*innen in der beruflichen Bildung

Hantsch, R./Kiepenheuer-Drechsler, B.

Im Modellprojekt „*Methodenkoffer, Demokratie leben!*“ in der *Berufsausbildung*“ wurde vom Forschungsinstitut Betriebliche Bildung (f-bb) ein Methodenkoffer entwickelt. Anhand von vier *Schulungseinheiten* wird ein Gesamt-

konzept angeboten, das im Modellversuch erprobt wurde.

Die erste Schulungseinheit ist eine Einführung in das Feld der Diskriminierung und gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit. In den Schulungseinheiten II und III wird ein thematischer Fokus auf Rassismus und Sexismus gelegt. Die Schulungseinheit IV löst sich von der inhaltlichen Auseinandersetzung mit den Themen Diskriminierung, Rassismus und Sexismus und motiviert die Teilnehmenden, ihre Erkenntnisse in konkrete Handlungen innerhalb der eigenen Organisation zu übersetzen.

Der Methodenkoffer ist abrufbar unter

www.fbb.de

mit aller Entschiedenheit entgegenstellen. Politische Bildung nimmt dabei eine Schlüsselrolle ein. (S. 33)

Politische und historische Bildung und die daraus erlangten Erkenntnisse sind die Voraussetzung für das Verständnis politischer Prozesse und politischer

Urteilsfähigkeit. Wir möchten einen durchgängigen Politikunterricht auf allen weiterführenden Schulen sicherstellen und treten für eine Stärkung des Faches „Politik und Wirtschaft“ ein. Ebenso wie das Fach Geschichte soll dieses Fach nicht abwählbar sein. (S. 88)

NACHRICHTENKOMPETENZ: MANGELHAFT

Informationen im Netz kritisch hinterfragen zu können, ist eine der Schlüsselkompetenzen des 21. Jahrhunderts. In der Schule kommt das zu kurz.

Von Rebecca Renatus



Facebook, Instagram, YouTube – soziale Netzwerke sind wichtige Nachrichtenquellen für Jugendliche. Um aus der Flut an Inhalten verlässliche Informationen herausfiltern und sich auf dieser Basis eine fundierte Meinung zu gesellschaftlichen Prozessen bilden zu können, braucht es Nachrichtenkompetenz: Die Fähigkeit, journalistische Inhalte verstehen, kritisch beurteilen und effektiv nutzen zu können. Das ist die Grundvoraussetzung im Umgang mit Falschmeldungen, Hetzkampagnen und politischer Einflussnahme – und damit Grundlage für ein funktionierendes demokratisches Gemeinwesen. Kinder und Jugendliche werden in der Schule jedoch nur mangelhaft auf den kompetenten Umgang mit Informationen und Nachrichten vorbereitet.

Das belegt die aktuelle Studie „Nachrichtenkompetenz durch die Schule“.

In Schulen kaum Thema

Die Studie, die im Auftrag der Stiftervereinigung der Presse im Zeitraum von 2015 bis

2017 am Institut für Kommunikationswissenschaft der TU Dresden durchgeführt wurde, untersuchte die Voraussetzungen für eine nachrichtenkompetente Ausbildung in der Schule auf verschiedenen Stufen: So wurden politische Vorgaben der Kultusministerkonferenz (KMK), Lehrpläne der Bundesländer, Unterrichtsmaterialien in Schulbüchern, Projektbeschreibungen von Landesmedienanstalten sowie Studienordnungen von Lehramtsstudiengängen untersucht. Zudem wurden die medienpädagogischen Einstellungen und Kompetenzen von Lehramtsstudierenden im höheren Semester in einer Befragung erhoben. Das Ergebnis: Die Nachrichtenkompetenz ist nirgends ausreichend berücksichtigt. Die KMKVorgaben setzen sich zwar umfassend mit verschiedenen Dimensionen der Medienkompetenz auseinander. Auf den kompetenten Umgang mit Medien im Kontext von Information und Meinungsbildung gehen sie jedoch kaum ein.

Die Lehrpläne sind den politischen Vorgaben der KMK voraus. Der Stellenwert der Nachrichtenkompetenz ist hier deutlich

höher, aber nicht zufriedenstellend. Weniger als die Hälfte der untersuchten Lehrpläne für die Schulfächer Deutsch, Geschichte, Sozialkunde und Ethik thematisieren Aspekte der Nachrichtenkompetenz. Auffällig ist, dass die Analysefähigkeit und Nachrichtenkunde deutlich häufiger thematisiert werden als die Fähigkeit zur kritischen Auseinandersetzung mit Informationsangeboten. Im Blickpunkt stehen also die Vermittlung von Grundlagenwissen – beispielsweise die Merkmale journalistischer Textsorten oder der Aufbau einer Zeitung – sowie die inhaltliche Auseinandersetzung mit journalistischen Inhalten. Eine explizite Bewertung von Informationsangeboten im Hinblick auf Qualität oder Vertrauenswürdigkeit wird hingegen noch zu selten als Unterrichtsthema vorgeschrieben. In den Schulbüchern wird der Nachrichtenkompetenz bereits ein deutlich höherer Stellenwert zugeschrieben. Jedes zweite Schulbuch thematisiert Aspekte im Umgang mit Nachrichten und journalistischen Angeboten. Dabei geht es aber kaum um die öffentliche Aufgabe der Medien und deren Rolle für die freie Meinungsbildung. Auch kommen digitale Wege der Nachrichtenvermittlung – etwa soziale Netzwerke und Blogs – nur selten vor.

Insgesamt zeigt sich, dass die untersuchten Vorgaben und Materialien zum Schulunterricht dem aktuellen Nachrichtennutzungsverhalten von Jugendlichen nicht gerecht werden. Insbesondere die gesellschaftliche Relevanz von Nachrichten und die Bedeutung der Nachrichtennutzung für die eigene Informiertheit werden in den Vorgaben und Materialien zur schulischen

Bildung noch stark vernachlässigt. Auch der Anspruch einer fächerübergreifenden Medienbildung spiegelt sich in den fächerspezifischen Dokumenten noch nicht ausreichend wider. Sowohl in den KMK-Dokumenten als auch in den Lehrplänen und Schulbüchern liegt der Fokus der Nachrichtenkompetenzvermittlung vorwiegend auf dem Schulfach Deutsch.

Starker Nachholbedarf bei der Lehrerausbildung

Bei der Lehrerausbildung spielt Nachrichtenkompetenz nahezu keine Rolle. Auch Medienkompetenz kommt viel zu kurz. Medien werden wenn dann vor allem im didaktischen Zusammenhang thematisiert.

Dieser Beitrag wurde zuerst veröffentlicht in: didacta – Das Magazin für lebenslanges Lernen, Ausgabe 2/2018, S. 14-16, www.didacta-magazin.de

Im Blickpunkt der Medienbildung zukünftiger Lehrkräfte steht der Einsatz von Medien im Unterricht. Vor diesem Hintergrund liegt der Fokus hier auch stärker auf Fernsehen und Internet. Pressemedien werden fast gänzlich ignoriert.

Die fehlende Thematisierung von Medien- und Nachrichtenkompetenz in der Lehrerausbildung führt zu Wissenslücken zukünftiger Lehrkräfte. Zwar halten Lehramtsstudierende Nachrichten-

kompetenz für wichtig, faktisch haben sie jedoch große Defizite, die im Studium nicht ausgeglichen werden. Vor allem im Hinblick auf die jugendliche Mediennutzung und die Grundstrukturen des Mediensystems fehlen den befragten Lehramtsstudierenden grundlegende Kenntnisse. Weniger als die Hälfte der Befragten konnte beispielsweise aus einer Liste mit Zeitungen die Welt als Pressemedium mit konservativer Ausrichtung richtig identifizieren. Nur ein Drittel wusste, dass Journalisten in Deutschland keine Lizenz brauchen, um ihren Beruf auszuüben.

Rebecca Renatus Institut für Kommunikationswissenschaft der Technischen Universität Dresden.

Koalitionsvereinbarung Lehrerbildung

Wir werden daher alle drei Phasen der Lehrerbildung weiterentwickeln. Ziel ist eine Lehrerbildung aus einem Guss, die die aktuell in der Bildungspolitik relevanten Themen wie die Integration von Schülerinnen und Schülern nicht-deutscher Herkunftssprache, Inklusion, Medienbildung und Digitalisierung, Lesen-Schreiben-Rechnen, sozialpädagogische Förderung, berufliche Orientierung sowie Ganzttag stärker aufgreift. Dafür werden wir bis zur Mitte der Legislaturperiode eine Novelle des Lehrerbildungsgesetzes auf den Weg bringen.

Wir wollen die in der Lehrerbildung tätigen Institutionen (Universitäten, Studienseminare, Schulen, Lehrkräfteakademie) enger vernetzen.

Das 21-monatige Referendariat werden wir beibehalten.

Im Sinne der oben beschriebenen Lehrerbildung aus einem Guss wollen wir auch die dritte Phase der Lehrerbildung weiterentwickeln. Die Fortbildung der Lehrkräfte ist Studien zufolge eines der wichtigsten Instrumente zur Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung von Unterricht. Lehrerinnen und Lehrer brauchen dabei Unterstützung, den veränderten Anforderungen in Bereichen wie z.B. Digitalisierung und Medienkompetenz, Ganzttagsschulentwicklung,

Team-Teaching, offener Unterricht, Projektorientierung, Umgang mit Heterogenität, interkulturelle Kompetenz, Deutschförderung und Inklusion gerecht zu werden.

In Ergänzung zu bereits etablierten Fortbildungsformaten wollen wir dafür auch gute Praxisbeispiele von Schulen sichtbar und für die Fortbildung nutzbar machen, damit Schulen von Schulen lernen können, z.B. durch Hospitationen von Kollegien bei geeigneten Referenzschulen, im Rahmen von Konferenzen und Netzwerktreffen, durch kollegiale Fallberatungen und extern begleitete Supervisionen. Zu diesem Zweck wollen wir das schulische Fortbildungsbudget erhöhen, um die Arbeit an unseren Schulen nachhaltig zu unterstützen und das Personal zu entlasten.

Wir wollen die Studienkapazitäten an den Hochschulen anpassen, um eine ausreichende Lehrerversorgung sicherzustellen. Bis die eingeleiteten Maßnahmen greifen, wollen wir den Quereinstieg in den Lehrberuf mit entsprechenden Qualifizierungsangeboten begleiten. Wir wollen in Mangelberufen und Mangelfächern temporär und bedarfsorientiert mit finanziellen Anreizen wie z.B. Stipendien operieren. Im Bereich der beruflichen Schulen ist dies auch deshalb erforderlich, um mit Angeboten der Privatwirtschaft konkurrieren zu können. (S. 84)

DEUTSCH-FRANZÖSISCHER SCHÜLER-AUSTAUSCH DER TLS GIESSEN

Wie lernt und arbeitet man in Frankreich? Welche Unterschiede und welche Gemeinsamkeiten gibt es? Wie ist es in einem Land, dessen Sprache man so gut wie nicht versteht und wie ticken die Menschen dort? Um diesen Fragen nachzugehen brachen im September 2018 20 Auszubildende und 3 Kollegen der Theodor-Litt-Schule Gießen (Berufsbildende Schulen)

Gelegenheit, am fachspezifischen Unterricht teilzunehmen. Von Lehrkräften des Lycée wurde zudem das französische Ausbildungssystem vorgestellt. Doch wie unterhält man sich, wenn man kein französisch kann. Klar, man weicht auf englisch aus, das zumindest einige Franzosen und auch unsere Schüler ganz passabel sprachen. Und: Das Lycée hatte einen jungen deutschsprachi-

dort müssen Schulgeld bezahlen, weil die Schule einen privaten Träger hat. Die Schüler erhalten keine Ausbildungsvergütung und absolvieren ca. 80% der Ausbildung in der Schule. Betriebserfahrungen werden dagegen nur in 4 – 8-wöchigen Betriebspraktika pro Ausbildungsjahr gemacht. Die technische Ausstattung des Lycée hingegen war im Vergleich zu unserer Schule wesentlich umfangreicher und wurde bestaunt. Es ist nicht schwer zu erraten, welches Ausbildungssystem im Vergleich von den meisten als das Bessere eingeschätzt wurde.



zu einer fünftägigen Studien- und Austauschfahrt nach Redon in der Bretagne (Frankreich) auf und besuchten unsere dortige Berufs- und Partnerschule, das Lycée Marcel Callo.

Der erste Tag begann mit einem französischen Frühstück OHNE Wurst und sorgte so gleich für Erstaunen. Danach aber stand der weitere Tag im Zeichen der Begegnung und des Austausches zwischen französischen und deutschen Schülerinnen und Schülern. Das Lycée Marcel Callo mit seinen Werkstätten wurde besichtigt und dabei von Schülerinnen und Schülern des Lycée den deutschen Gästen präsentiert. Danach gab es für unsere Auszubildenden aus den Bereichen Metalltechnik und Informatik die

gen Assistenten, der sehr viel direkt übersetzen konnte.

Was wurde noch festgestellt? Der französische Berufsschultag hat eine 2-stündige Mittagspause und dauert bis 17:30, für viele unserer Schüler unvorstellbar. Die Schüler

Einen nicht alltäglichen Einblick in die Arbeitswelt boten Betriebsbesichtigungen bei Airbus und FAMAT in Saint-Nazaire. Das Airbus Werk ist auf den Zusammenbau und die Ausstattung von Rumpfteilen aller Airbusmodelle spezialisiert. Das Unternehmen FAMAT stellt Teile aus Titan für Flugzeugtriebwerke her. Auffallend war, dass die Metallbearbeitungsmaschinen überwiegend italienischer Herkunft waren. Ein Besuch beim Unternehmen GUILLEMOT in Carentoir begeisterte. Werden dort doch unter den Markennamen „Trustmaster“ und „Herkules“ Entertainment-



Hardware, wie z.B. Joysticks und DJ Equipment, entwickelt und hergestellt. Angesichts der ganz anderen Arbeitsatmosphäre in einem IT Unternehmen im Vergleich zu der Arbeit in den Werkshallen der Metallindustrie fragten sich einige Schüler, ob sie die richtige Berufsauswahl getroffen hatten.

Zum kulturellen Programm gehörte ein Besuch der „Les Machines de L'Île“ in Nantes. Ein Kunstprojekt, welches auf einem ehemaligen Werftgelände bizarre Maschinen entstehen lässt und zum Leben erweckt.

Fazit: So eine Austauschreise ist auch von der Vorbereitung her enorm anstrengend, erweitert aber für Schüler und Lehrer den Horizont. Auch in den Nachbarländern wird nur mit Wasser gekocht. Einiges ist besser, anderes nicht. Mindestens eine Fremdsprache sollte man gut sprechen können, um im Ausland „zu überleben“

und: es geht auch ohne Wurst zum Frühstück. Da die umfangreichen Essrituale in Frankreich eine ganz andere Dimension haben, sollten deutsche Lehrkräfte angesichts der vielen Essenseinladungen nicht zu enge Hosen mitnehmen.

Ohne Förderung ist so ein Austausch kaum realisierbar. Daher gilt ein besonderer Dank dem Deutsch-Französischen Jugendwerk, das die Fahrt zu ca. 40% mitfinanzierte.

Auch für das kommende Jahr werden gemeinsame Unterrichtsprojekte, wie z.B. der Bau eines Fahrroboters, geplant. Dazu wird im März 2019 eine Schülergruppe aus Redon nach Gießen kommen.

*Das deutsch-französische
Austauschteam
Robert Hinze TLS*



Koalitionsvereinbarung Medienbildung

Wir bekennen uns zur KMK-Strategie „Bildung in der digitalen Welt“, die wir auch in Hessen umsetzen werden. Die Anbindung der Schulen an das schnelle Internet und eine zeitgemäße IT- und Medienausstattung ist eine Voraussetzung für das neue digitale Lernen. Allerdings gilt der Vorrang des Pädagogischen: Schülerinnen und Schüler müssen die Kompetenzen erwerben, die für einen selbstständigen und verantwortlichen Umgang mit digitalen Medien erforderlich sind, die ihnen Chancen und Erfolg im digitalen Zeitalter eröffnen und sichern.

Wir wollen, dass alle Schülerinnen und Schüler die erforderlichen Kompetenzen während ihrer Schulzeit erwerben. Die Voraussetzungen dafür wollen wir durch einen „Hessischen Digitalpakt Bildung“ zwischen Land und Schulträgern schaffen. Er verfolgt das Ziel, die Themen Digitalisierung und Medienbildung in einem abgestimmten Konzept unter Berücksichtigung der Qualifizierung von Lehrkräften, der Schaffung der entsprechenden Infrastruktur, der Entwicklung pädagogischer Leitlinien und der Einbeziehung der digitalen Bildung in alle Fächer (auch

durch Anpassung von Curricula) in unseren Schulen zu verankern. Im Unterricht sollen die Möglichkeiten digitaler Medien sinnvoll genutzt werden; wir wollen Chancen aufzeigen, aber auch für Risiken sensibilisieren. Dazu gehört ein kompetenter Umgang mit Themen wie Fake News, Cyber Mobbing, Suchtgefahren, Gewalt im Netz, Umgang mit persönlichen Daten etc.

Damit Lehrkräfte auf die neuen Herausforderungen vorbereitet werden, werden wir entsprechende Inhalte in die Lehrerbildung integrieren; für bereits im Dienst befindliche Lehrkräfte ist Fortbildung in pädagogischer, didaktischer, methodischer und technischer Hinsicht erforderlich; die entsprechenden Fortbildungsangebote wollen wir deutlich ausweiten. Für den sinnvollen Einsatz digitaler Medien im Unterricht werden unter Einbeziehung der Träger aller drei Phasen der Lehrerbildung Empfehlungen entwickelt. Dies soll dazu dienen, die Lehrerinnen und Lehrer beim Einsatz neuer Medien im Unterricht zu unterstützen und eine möglichst effektive Nutzung der digitalen Infrastruktur zu gewährleisten. (S. 93)

DER AUSBILDUNGSREPORT DER DGB JUGEND 2018

Bereits zum 13. Mal veröffentlichte die DGB-Jugend mit dem Ausbildungsreport die bundesweit größte Auswertung zur Ausbildungsqualität in Deutschland. Die Befragung läuft während den Berufsschultouren der DGB-Jugend in Klassen oder an Infoständen an den Schulen. Die Datenanalyse erfolgt durch das Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz e. V. und die isoplan-

zent, in Hessen sogar 8,2 Prozent, die angaben, mit ihrer Ausbildung „eher unzufrieden“ oder sogar „sehr unzufrieden“ zu sein. Die großen Problembranchen sind erneut zu finden im Bereich Hotel und Gaststätten, in den Handwerksberufen und in Dienstleistungszweigen wie dem Einzelhandel.

Hier einige der wichtigsten Ergebnisse:

bewertung auf den beiden letzten Plätzen gelandet sind. Aber auch die Kaufleute im Groß- und Außenhandel und die Fachkräfte für Lagerlogistik sehen insbesondere die fachliche Qualität ihrer Ausbildung seit längerem sehr kritisch.

Obwohl es im Berufsbildungsgesetz vorgeschrieben ist, lag 33,3 (in Hessen 33,1) Prozent der Befragten bundesweit kein betrieblicher Aus-

Die Gesamtbewertung nach Ausbildungsberufen



Berufe mit den besten Bewertungen

Verwaltungsfachangestellte_r
Mechatroniker_in
Industriemechaniker_in
Elektroniker_in für Betriebstechnik
Zerspanungsmechaniker_in

Berufe mit mittleren Bewertungen

Industriekaufmann_frau
Bankkaufmann_frau
Fachinformatiker_in
Kaufmann_frau für Büromanagement
Kaufmann_frau im Groß- und Außenhandel
Steuerfachangestellte_r
Medizinische_r Fachangestellte_r
Elektroniker_in
Fachkraft für Lagerlogistik
Koch_Köchin
Maler_in und Lackierer_in
Anlagenmechaniker_in
KFZ-Mechatroniker_in
Kaufmann_frau im Einzelhandel
Verkäufer_in

Berufe mit den schlechtesten Bewertungen

Tischler_in
Zahnmedizinische_r Fachangestellte_r
Friseur_in
Fachverkäufer_in im Lebensmittelhandwerk
Hotelfachmann_frau

Marktforschung GbR Saarbrücken. Gefragt werden Azubis aus allen Ausbildungsjahren und aus Betrieben unterschiedlicher Größe, aus den laut Bundesinstitut für Berufsbildung 25 häufigsten Ausbildungsberufen. Für den Report 2018 wurden insgesamt 14.959 Fragebögen ausgewertet. In die Befragung flossen auch die Antworten von ca. 1500 Azubis aus Hessen ein. Obwohl bundesweit 70,2 Prozent (in Hessen sogar 72,2 Prozent) der Befragten mit ihrer Ausbildung „sehr zufrieden“ oder „zufrieden“ waren, gab es bei den Befragten 7,8 Pro-

Die fachliche Qualität

Die fachliche Qualität der Ausbildung im Betrieb wird sehr unterschiedlich nach Branche und Ausbildungsberuf bewertet. Hier schnitten die Auszubildenden zum_zur Verwaltungsfachangestellte_n am besten ab. Auf den hinteren Plätzen rangieren mit den Fachverkäufer_innen im Lebensmittelhandwerk sowie den Hotelfachleuten ebenfalls Berufe, die bereits im letzten Jahr am Ende des Rankings zu finden waren und auch in der Gesamt-

bildungsplan vor. Sie haben somit keine Möglichkeit zu überprüfen, ob auch alle vorgesehen Inhalte vermittelt wurden, die zum Erreichen des Ausbildungsziels notwendig sind. Ausbildungsberufe, bei denen praktisch immer ein Ausbildungsplan vorlag, sind Bankkaufleute und Verwaltungsfachangestellte, wohingegen bei noch nicht einmal der Hälfte der Anlagenmechaniker_innen, Tischler_innen und Friseur_innen ein Plan vorlag.

Von den jungen Menschen, die ihren Ausbildungsplan kennen, gab

jede_r zehnte Befragte (bundesweit 11,9 Prozent, in Hessen sogar 13%) an, „immer“ bzw. „häufig“ mit ausbildungsfremden Tätigkeiten befasst zu sein. Wieder gibt es hier große Unterschiede zwischen den einzelnen Ausbildungsberufen: 25,3 Prozent der angehenden Friseur_innen müssen oft ausbildungsfremde Tätigkeiten verrichten, jedoch „nur“ 4,8 Prozent der künftigen Bankkaufleute.

Ausbilder_innen

8,2 Prozent der Befragten gaben an, keinen formal zugeteilten Auszubildenden zu haben. Bei denen, die ihre Ausbilder_innen kennen, gaben 10,9 Prozent an, dass diese „selten“ bis „nie“ präsent seien. Interessant ist hier, dass dies in größeren Betrieben häufiger vorkommt als in Kleinbetrieben. Für eine gute Ausbildung ist es aber unerlässlich, dass alle Azubis eine_n Ausbilder_in haben, und diese Person auch Zeit hat und ansprechbar ist. Die DGB-Jugend fordert deshalb, dass schon die Ausbildung der Ausbilder_innen nach einem einheitlichen berufs-pädagogischen Standard erfolgen muss und methodisch-didaktische und jugendpsychologische Kompetenzen sowie eine Weiterqualifizierungsverpflichtung in die Ausbildungsseignungsverordnung (AEVO) aufgenommen werden muss.

Überstunden & Schichtarbeit

Auch für junge Menschen spielt das Thema Arbeitszeit und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf eine immer größere Rolle. So verwundert es nicht, dass die Branchen, in denen immer weniger junge Menschen arbeiten wollen, auch die sind, in denen es besonders viele Überstunden gibt. Insgesamt gaben 36,3 Prozent (in Hessen 35,9) der Befragten an, regelmäßig Überstunden zu leisten. Der

Durchschnittswert liegt bei rund 4,1 Wochenstunden. Dabei liegen

Um im Jahr 2019 einen eigenen Report für Hessen erstellen zu können, braucht es genügend Bögen! Lehrer_innen, die sich mit ihren Ausbildungsklassen beteiligen wollen, können diese Bögen in allen regionalen Jugendbüros der DGB-Jugend in Hessen oder direkt bei der DGB-Jugend Hessen-Thüringen bei gregor.gallner@dgb.de anfordern.

angehende Köch_innen mit durchschnittlich 8,1 Wochenstunden am oberen Ende der Skala, gefolgt von Maler_innen und Lackierer_innen (7,6 Stunden), Fachverkäufer_innen im Lebensmittelhandwerk (7,3 Stunden) und Hotelfachleuten (5,4 Stunden). Die niedrigsten durchschnittlichen Überstunden mussten Verwaltungsfachangestellte (2 Stunden) und Industriemechaniker_innen (2,1 Stunden) leisten. 13 Prozent der Befragten erhalten keinerlei Ausgleich für die geleisteten Überstunden, was klar rechtswidrig ist.

Die DGB-Jugend fordert deshalb, dass es in der Ausbildung keine Überstunden geben darf, da es sich um ein Lernverhältnis handelt und die Inhalte auch in der vereinbarten Zeit vermittelt werden müssen.

Schichtarbeit ist besonders belastend, insbesondere, wenn es Nachtarbeit gibt. Ein Viertel aller Azubis müssen in einem Schichtsystem arbeiten. So müssen Auszubildende in Schichtarbeit häufiger mehr wie 5 Tage in der Woche arbeiten. Besonders gravierend ist, dass die gesetzlichen Ruhezeiten bei fast jedem zweiten Azubi nicht immer eingehalten werden. Auch

deshalb lehnt die DGB-Jugend Schichtarbeit in der Ausbildung ab. Nur wenn der Erwerb notwendiger betrieblicher Lerninhalte sonst nicht möglich ist, sollten Auszubildende im Schichtsystem ausgebildet werden dürfen.

Fazit:

Ausbildung muss besser werden!

Insbesondere die Branchen, die im Ausbildungsreport schlecht beurteilt wurden, haben Probleme, neue Auszubildende zu finden. Hier sind die Betriebe in der Pflicht, für gute Ausbildungsqualität zu sorgen, die vereinbarten Arbeitszeiten einzuhalten und endlich ordentlich zu zahlen. Aber auch die Politik muss die Rahmenbedingungen verbessern. Deshalb fließen die Ergebnisse der Befragung auch in Kampagnen und politische Forderungen der DGB-Jugend ein.

Der bundesweite Ausbildungsreport kann heruntergeladen werden:

<https://jugend.dgb.de/-/a9R>

*Gregor Gallner,
DGB Jugend Hessen Thüringen*



ZUR REFORM DES BERUFSBILDUNGSGESETZES

„Im Rahmen der Novelle des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) werden wir eine Mindestausbildungsvergütung im Berufsbildungsgesetz verankern. Das Gesetz soll bis zum 1. August 2019 beschlossen werden und zum 1. Januar 2020 in Kraft treten. In diesem Rahmen wollen wir die Modernisierung der Ausbildungs- und Aufstiegsordnungen u. a. im Hinblick auf eine digitale Ausbildungsstrategie sowie eine Verbesserung der Rahmenbedingungen erreichen“, so der im Februar 2018 zwischen **CDU, CSU und SPD vereinbarte Koalitionsvertrag auf Bundesebene**. In der zweiten Januarwoche sollen die Anhörungen zum Referentenentwurf stattfinden, so dass Ende Januar ein Kabinettsbeschluss vorliegen kann.

Das BBiG wurde zuletzt 2005 reformiert und selbst vor 50 Jahren – 1969 - gegen damals erbitterte Widerstände von Kammern und Arbeitgeberverbänden – ebenfalls in einer Großen Koalition eingeführt. Seine Leistungen bestehen vor allem in der Gliederung der Ausbildung, der Anerkennung außerbetrieblicher Lernzeiten, der Bestimmungen über die Eignung der Ausbildungsstätten, der Einrichtung des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) und damit in der Umsetzung einer öffentlichen Verantwortung für die Berufsbildung, verbunden mit der Sozialpartnerschaft. Diese gegen große Widerstände von den Gewerkschaften erkämpften Eigenschaften sind heute die entscheidenden Voraussetzungen für die vergleichsweise erfolgreiche Entwicklung der Berufsbildung in Deutschland und ihr vergleichsweise hohes internationales Ansehen. Dass jedoch dringender Verbesserungsbedarf in der Berufsbildung besteht, zeigt der jährlich erscheinende Ausbildungsreport

der DGB-Jugend eindrücklich auf (s. S. 26/27).

Daher fordert der **DGB** folgende Verbesserungen im Rahmen der Reform:

- Mindestausbildungsvergütung (80 % der durchschnittl. tarifl. Vergütung)
- Finanzierung der Ausbildungsmittel klarstellen
- Freistellung am Tag des Berufsschulunterrichts auch für über 18-Jährige
- Ankündigung der Nichtübernahme: dreimonatige Ankündigungsfrist
- BBiG auf betriebliche Praxisphase dual Studierender ausweiten, Auszubildende und dual Studierende im Betrieb gleichstellen
- Berichterstattung zur Berufsbildung auf nicht-duale Ausbildung und duale Studiengänge ausweiten
- Rahmenpläne für die Fortbildung verankern
- Reform des Prüfungswesens:

Transparente Verfahren bei Berufung, Zusammensetzung und Einsatz der Prüfungsausschüsse

- Bezahlte Freistellung und Weiterbildungsanspruch der Prüfer/innen
- Qualität - Qualitätssicherung entwickeln, verbindliche Regelung der Eignung der Ausbildungsbetriebe

Für die **GEW** sind darüber hinaus folgende Punkte von besonderer Bedeutung:

Ausbildungsgarantie und Ausbildungszeit

Jede(r) Jugendliche(r) soll einen Rechtsanspruch auf eine adäquate Berufsausbildung mit einer Mindestausbildungszeit von drei Jahren haben. Die Ausbildungsgarantie braucht einen bundesweiten Förderrahmen, der sicherstellt, dass neben der betrieblichen Ausbildung auch andere Ausbildungsorte zu einem qualifizierten Berufsabschluss führen können; die Ausbildungsgarantie bezieht sich auf duale wie nicht-duale Berufe. Eine Modularisierung der beruflichen Ausbildung lehnt die GEW grundsätzlich ab.

Inklusion in der beruflichen Bildung

Inklusion zielt auf gesellschaftliche Teilhabe aller Menschen, unabhängig von ihren individuellen Dispositionen (vgl. Deutsche UNESCO-Kommission e.V. 2009) und betont den im Grundgesetz (insbesondere Art. 3 GG) festgelegten Gleichbehandlungsgrundsatz. Die Bundesrepublik Deutschland hat die UN-Menschenrechtskonvention unterzeichnet und sich damit auch verpflichtet, die gesellschaftliche Teilhabe in allen Bildungsbereichen sicherzustellen.

In Artikel 24 der UN-Konvention ist das Recht auf Bildung und die Sicherstellung eines gleichberechtigten Zugangs zur Berufsausbildung enthalten. „Inklusion im Bildungs-



bereich bedeutet, dass allen Menschen die gleichen Möglichkeiten offen stehen, an qualitativ hochwertiger Bildung teilzuhaben und ihre Potenziale entwickeln zu können, unabhängig von besonderen Lernbedürfnissen, Geschlecht, sozialen und ökonomischen Voraussetzungen.“ (ebd.)

Die GEW setzt sich bei der Novellierung des BBiG dafür ein, exklusive Strukturen abzulösen. Ausbildungsregelungen nach § 66 BBiG und § 42 m der Handwerksordnung – in denen die sogenannten „Helferberufe“ geregelt werden – entsprechen nicht dem Leitgedanken von Inklusion. Im inklusiven Sinne sind Ausbildungs- und Prüfungsordnungen so zu gestalten, dass erst am Ende einer Ausbildung der entsprechende Abschluss vergeben wird und nicht zu Beginn eine Differenzierung vorgenommen wird. Dieses ist in unterschiedlichen Berufen zu erproben.

Zusätzlich müssen die besonderen Personengruppen in der Berufsbildung (siehe Kapitel 4, § 64 und § 65 BBiG) neu definiert werden. Jedem (jungen) Menschen soll der Zugang zu einer anerkannten Berufsausbildung ermöglicht werden. Ausgehend von den jeweils spezifischen individuellen Dispositionen sollen entsprechende Förder- und Unterstützungsangebote zur Verfügung stehen. Dabei sind sowohl eine Assistenz und ein so genannter Nachteilsausgleich zu gewähren, als auch Förder- und Unterstützungsangebote für Personen, denen der Zugang zu einer Berufsausbildung (aus unterschiedlichen Gründen) erschwert ist.

Als Personen mit einem erschwerten Zugang zu einer Berufsausbildung (Vermittlungshemmnisse) kommen jene Personen in Betracht, auf die folgende Voraussetzungen zutreffen:

- ◆ Menschen mit Behinderung (nach § 2 abs. 1 Satz 1 des SGB IX)
- ◆ Personen mit individuellen, sozialen, sprachlichen und strukturellen Benachteiligungen
- ◆ Personen, die am Ende ihrer Schulzeit sonderpädagogischen Förderbedarf hatten
- ◆ Personen ohne Schulabschluss.

Um eine inklusive berufliche Bildung in der Zukunft erfolgreich gestalten zu können, ist eine differenzierte organisatorische Gestaltung der Berufsausbildung auf der Basis bereits bestehender Ansätze erforderlich, um allen Auszubildenden eine individualisierte Ausbildungsgestaltung zu ermöglichen.

Hierzu gehören die ausbildungsbegleitende Hilfe (abH), die assistierte Berufsausbildung (AsA), die Teilzeitberufsausbildung, die Verlängerung oder Verkürzung der Ausbildungszeit und geänderte Prüfungsgestaltungen. Die Curricula in den berufsbildenden Schulen und die Ausbildungsrahmenpläne für die betriebliche Ausbildung sind im Sinne der Inklusion kritisch zu prüfen und weiterzuentwickeln.

Validierung und Zertifizierung von Kompetenzen

Die Validierung von non-formalen und informell erworbenen Kompetenzen soll zukünftig als Instrument zur Anerkennung berufsrelevanter Kompetenzen im Rahmen der Externenprüfung mit eingebunden werden. Dies ist besonders wichtig bei Menschen mit individuellen, sozialen, sprachlichen und strukturellen Benachteiligungen, mit Migrationshintergrund sowie mit langjährigen Berufserfahrungen, aber ohne Berufsabschluss. Für die Abnahme der Externenprüfung müssen die erforderlichen personalen Ressourcen zur Verfügung gestellt werden.

Mindestausbildungsvergütung

Die GEW unterstützt die Forderungen aller DGB-Gewerkschaften zu einer Mindestausbildungsvergütung in Höhe von 80 Prozent der durchschnittlichen tariflichen Ausbildungsvergütungen. Das ergibt für das 1. Ausbildungsjahr eine Mindestvergütung von zurzeit (2018) 635 Euro; 2. Ausbildungsjahr: 696 Euro; 3. Ausbildungsjahr: 768 Euro; 4. Ausbildungsjahr: 796 Euro. Des Weiteren setzt sich die GEW dafür ein, dass die Ausbildungsvergütungen für betrieblich-schulische sowie vollschulische Ausbildungen, welche derzeit überhaupt nicht vergütet werden, unter diesen Regelungsbereich fallen. Hierfür sind geplante bundeseinheitliche Regelungen in den Ländern zu übernehmen. Die Absicht des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, die Mindestausbildungsvergütung in Höhe von 504 € festzulegen, wird durch die Gewerkschaften vehement abgelehnt.

*Ansgar Klinger
GEW-Vorstandsbereich Berufliche
Bildung und Weiterbildung*

Quellen:

1. GEW (Hg): Berufsbildende Schulen auf dem Weg zur Inklusion. GEW Positionen zu einer inklusiven beruflichen Bildung. Frankfurt/M., Sep. 2015
2. GEW (Hg): Für eine moderne und attraktive Berufliche Bildung. Positionspapier zur Novellierung des BBiG. Frankfurt/M., Nov. 2018

Nach Redaktionsschluss erreichte uns der angekündigte Referentenentwurf der Bundesregierung. Er kann bei der Redaktion angefordert werden

MARX, JESUS UND DAS LIEBE GELD

200 Jahre Karl Marx. Das Jubiläumsjahr ist Anlass für das Kollegium der Landrat-Gruber-Schule (Berufliches Schulzentrum) im süd-hessischen Dieburg, gemeinsam mit den Schüler*innen über die großen gesellschaftlichen Fragen zu diskutieren: Was bedeutet Arbeit und Geld, was arm und reich? Warum braucht man heute noch Gewerkschaften? Was ist gerecht, und was hat Jesus mit all dem zutun?

Die Projektwoche „LGS-extra“ im November stand unter dem Motto „Von Jesus zu Karl Marx“. Die beiden Pfarrer und Schulseelsorger Hubertus Naumann und Karsten Gollnow haben das Wochenprogramm für rund 350 interessierte Schüler*innen entwickelt. Auftakt bildete die Diskussionsrunde und Ausstellung rund um den Pfarrer und NS-Widerstandskämpfer Horst Symanowski – eine Symbolfigur für Friedensarbeit und, als Werkspfarer bei Opel, ein Vorkämpfer der Arbeiterbewegung. „Gerechtigkeit, Populismus, Angst vor Überfremdung ... das ist gerade heute wieder Thema, und darüber muss man reden“, so Naumann.

Diskussionen über die Streitkultur

Unter der roten Flagge, buchstäblich unter Hammer und Sichel, diskutierten Schüler*innen und Lehrkräfte die Grundidee des Kommunismus. Also das, was Karl Marx ursprünglich damit meinte: Frieden und Gerechtigkeit. Und damit war die Brücke geschlagen zu Jesus: „Diese Werte sind die Grundpfeiler des Christentums. Wenn man so will, waren die ersten Christen auch Kommunisten“, sagt Hubertus Naumann. Doch wie sich beides im Laufe der Zeit entwickelt habe, gibt er zu, stehe auf einem anderen Blatt.

Wenn man über Kommunismus diskutiert, fallen unweigerlich Schlagworte wie „Arbeiterbewegung“ und „Gewerkschaft“. Mit Vertretern des DGB diskutierten die Schüler lebhaft darüber, was Gewerkschaft eigentlich ist, und was sie für die Arbeiter heute noch bewirken kann. Dazu schlüpfen die Schüler in die Rollen von Arbeitnehmer und Arbeitgeber, argumentierten aus Sicht fiktiver Betriebsräte und handelten Tarifverträge aus. „Zu meiner Zeit gab es noch eine echte Streitkultur. Uns ist nichts in den Schoß gefallen, und wir haben für unsere Rechte gekämpft“, erzählt Naumann. Der Jugend heute fehle das Bewusstsein und das Wissen darüber, wie wichtig Organisationen sind, die die Angestellten und Arbeiter anhören und deren Rechte vertreten.

„Allein hat man keine Chance.“

Gewerkschaftsarbeit erlebt man am besten dort, wo geschuftet wird: in der Opel-Stadt Rüsselsheim. Beim Besuch des Heimatmuseums haben die Schüler vieles erfahren über die Entwicklung des Unternehmens – eine Blaupause der industriellen Revolution: Gegründet 1862 als Nähmaschinen-Manufaktur und heute industrielle Auto-Produktion. Damals, im 19. Jahrhundert, waren es die teils gesundheitsschädlichen Arbeitsbedingungen, die den Arbeitern den Alltag schwer machten. Heute ist es die unsichere wirtschaftliche Lage von Opel. Die Schüler*innen haben bei der katholischen Betriebsseelsorge und den Jugendgewerkschaftsvertretern

von Opel offen nachgefragt: Warum werden Auszubildende nicht übernommen? Wie sieht es mit Kündigungsschutz aus? Da wurde allen klar, wie wichtig gerade heute Gewerkschaftsarbeit ist. „Arbeiter müssen sich zusammenschließen. Allein hat man keine Chance“, so die Einsicht eines Berufsschülers.

Kapitalismuskritik in der Sparkasse

Zum Abschluss der Projektwoche feierten die beiden Schulpfarrer gemeinsam mit den Schüler*innen einen Gottesdienst an einem ungewöhnlichen Ort. Im Foyer der Sparkasse Dieburg wurde zwischen Bankschaltern und Beratungstischen kurzum ein Altar aufgebaut, gepredigt und gesungen. Mittendrin ein aufgerissener Mund auf Leinwand gebannt – das Werk des Filialleiters und Symbol für die Gier der Reichen und ihre Arroganz gegenüber den Armen. Die beiden Schulseelsorger blicken zufrieden auf die Projektwoche zurück: „Es ist ein Anstoß für die Schüler*innen, über solche Themen nachzudenken. Sperrig und ungemütlich, aber notwendig“, so die einhellige Meinung der beiden Schulseelsorger.

P. Röder (freie online-Journalistin), nach einem Interview mit Hubertus Naumann



Impressum

Herausgeber:

Gewerkschaft für Erziehung und
Wissenschaft
Landesverband Hessen
Zimmerweg 12 • 60325 Frank-
furt • Tel.: 069 / 97 12 930 •
Fax : 069 / 97 12 93 93

Landesfachgruppe

Berufsbildende Schulen

Layout:

Matthias Hohmann

Email: m.hohmann@gmx.net

Redaktion:

Dieter Staudt

Messeler Straße 3 •
64390 Erzhausen •
Tel. : 06150 / 75 69 •

Email: dstaudt@t-online.de

Ralf Becker

Tel.: 06142 / 838880

Email: r.becker.gew@gmx.de

Auflage: 4600

Druckerei:

Druckkollektiv GmbH
Gießen, Am Bergwerkswald

Das Urheberrecht für veröffentliche Manuskripte und Fotos liegt ausschließlich bei der Redaktion. Nachdruck, auch auszugsweise, sowieervielfältigung oder sonstige Verwertung von Texten und Bildern darf nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers erfolgen.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos übernimmt die Redaktion keine Haftung. Die Zustimmung zum Abdruck wird vorausgesetzt.

Leserbriefe werden bevorzugt entgegengenommen, können aus redaktionellen Gründen jedoch gekürzt werden.

Erstmals im Jahr 1973 wurde der 24. Oktober von der Generalversammlung der Vereinten Nationen zum „World Development Information Day (WDID)“ ausgerufen. Aktueller denn je erinnert der Tag daran, dass Wissen über nachhaltige Entwicklung nicht nur deren Ziele und Projekte fördert, sondern auch Bildung selbst eines der wichtigsten Entwicklungsziele ist. Das erfordert entsprechende Investitionen.

ENTWICKLUNGSPOLITISCHE BILDUNG IM DIGITALEN ZEITALTER

„Die aktuelle Diskussion zum „Digitalpakt“ über fünf Milliarden EURO zwischen Bund und Ländern bietet eine einmalige Chance: Es gilt nicht nur über Investitionen in die Hardware zu sprechen, sondern auch über die Inhalte des Digitalangebotes für Schulen. Hier bietet z. B. die Bildung für nachhaltige Entwicklung eine große Themenvielfalt“, so Dr. Kambiz



Ghawami, Vorsitzender des World University Service (WUS). „In Zeiten zunehmender „Fake News“ und des um sich greifenden Populismus in den sozialen Medien ist es umso wichtiger, den Schülerinnen und Schülern Medienkompetenz zu vermitteln. Sie sollen lernen, digitale Medien verantwortungsvoll zu nutzen und begreifen, dass sie mit Ihren digitalen Aktivitäten eine globalisierte und demokratische Gesellschaft mitgestalten. Themen des „Globalen Lernens“ sind hierfür bestens geeignet, da sie die Welt mit all ihren Facetten in die Schulklassen bringen. „Aber“, betont Dr. Ghawami, „hierfür bedarf es auch einer Investition aus dem Digitalpakt für die Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte sowie der Investitionen für digitale Bildungsmaterialien zum Globalen Lernen“.

Diese Investitionen sind längst überfällig, denn der Anteil Deutschlands für entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit ist gegenüber den letzten Jahren weiter gesunken: Das United Nations Development Program (UNDP) empfahl bereits 1993, drei Prozent der Gesamtausgaben für die Entwicklungszusammenarbeit (ODA) für entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit zu verwenden. In Deutschland betragen die Ausgaben hierfür nach Berechnungen der OECD aktuell lediglich ca. 0,49 Prozent.



In Deutschland widmet sich die Informationsstelle Bildungsauftrag Nord-Süd beim World University Service (WUS) mit ihren Publikationen sowie mit ihrem Internetportal der entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit. Als eine Schnittstelle zwischen Bund, Ländern, Europäischer Union, Bildungseinrichtungen und Nichtregierungsorganisationen stärkt und unterstützt sie die Informations- und Bildungsarbeit bundesweit.

PM 23. Oktober 2018

Mehr zur Arbeit der Informationsstelle Bildungsauftrag Nord-Süd gibt es unter www.informationsstelle-nord-sued.de.

didacta 2019: Das Bildungs-Update zur Zukunft des Lernens **19. bis 23. Februar 2019 auf dem Kölner Messegelände**

Die deutsche Bildungslandschaft hat viele Baustellen: Lehrermangel, Inklusion, Integration, fehlende KITA-Plätze für Kinder unter drei Jahren, die Digitalisierung des Lernens, Bildungsgerechtigkeit und, und, und ... Die Bildungsmesse didacta 2019 in Köln gibt allen, die am Bildungsprozess beteiligt sind, ein Update über die aktuellen Themen und Herausforderungen der Bildungsbranche. Auf der weltweit größten Messe für den gesamten Bildungsbereich zeigen vom 19. bis 23. Februar 2019 über 800 Unternehmen aus rund 40 Ländern ein umfassendes Leistungsspektrum von Ausstattungen und Einrichtungen, Bildungsmedien und didaktischen Materialien für alle Bildungs- und Erziehungsbereiche. Mit ihrem breit gefächerten Rahmen- und Kongressprogramm unterstreicht die didacta ihre Leitfunktion als „Bildungsgipfel“ für Fachwelt und Öffentlichkeit.

Mit den Bereichen Frühe Bildung, Schule/Hochschule, Berufliche Bildung/Qualifizierung und didacta DIGITAL zeigt sie schon heute, wie morgen Lerninhalte vermittelt und Unterricht gestaltet wird. In Köln trafen zuletzt knapp 100.000 Entscheider aus allen Bildungsbereichen auf rund 800 Aussteller und über 1.500 Vorträge, Workshops und Seminare. Denn auch das optimale Lehren will gelernt sein.

Weitere Informationen unter www.didacta-messe.de

Aus: PM 04.11.2018



Hochschultage Berufliche Bildung 2019 ***DIGITALE WELT – Bildung und Arbeit in Transformationsgesellschaften*** **11. bis 13. März 2019 in Siegen**

Akteure der Berufsbildung aus Wissenschaft, Schulen, Sozialpartnern, Unternehmen und Administrationen treffen sich alle zwei Jahre auf den Hochschultagen Berufliche Bildung, dieses Mal, um sich über Digitalisierung in der Berufsbildung zu informieren und auszutauschen. Die 20. Hochschultage bieten neben den üblichen Rahmenveranstaltungen 18 Fachtagungen (von Agrarwirtschaft bis Wirtschaft und Verwaltung) und daran anschließend 19 Workshops.

Teilnahmebeiträge werden nicht erhoben.

Weitere Infos unter: <https://www.htbb2019.uni-siegen.de/>



LEARNTEC weiter auf Wachstumskurs ***Europe's #1 in digital learning zeigt Zukunft der Bildung***

Vom 29. bis 31. Januar 2019 zeigt Europas größte Veranstaltung für digitale Bildung die aktuellen Trends und zukünftigen Entwicklungen des digitalen Lernens. Jährlich kommen mehr als 10.000 Entscheider aus der Industrie, Beratungsbranche, dem Handel und Vertrieb zur LEARNTEC in die Messe Karlsruhe, die sich bei über 300 Ausstellern aus 14 Nationen über die neuesten Anwendungen, Programme und Lösungen für die digitale Bildung in Schule, Hochschule sowie der beruflichen Bildung informieren.

„Der Einsatz von digitalen Lernszenarien ist zu einem Wachstumsmarkt geworden“, so Britta Wirtz, Geschäftsführerin der Karlsruher Messe.

PM 13.11.2018 -

Näheres unter www.learntec.de